

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1908

152 (1.4.1908) Mittagausgabe

Badische Presse.

General-Anzeiger der Residenzstadt Karlsruhe und des Großh. Baden.

Unabhängige und geleseste Tageszeitung in Karlsruhe.

Gratis-Beilagen: Wöchentlich 2 Nummern „Karlsruher Unterhaltungsblatt“, monatlich 2 Nummern „Kurier“, Anzeiger für Landwirtschaft, Garten-, Obst- und Weinbau, 1 Sommer- u. 1 Winter-Jahresplanbuch und 1 schöner Wandkalender, sowie viele sonstige Beilagen.

Täglich 12 bis 40 Seiten. Weitans größte Abonnentenzahl aller in Karlsruhe erscheinenden Zeitungen.

Eigentum und Verlag von H. Thiergarten. Chefredakteur u. verantwortlich für Politik u. Feuilleton Albert Herzog.

Auflage: 35 000 Expl. gedruckt auf 2 Zwilling-Notationsmaschinen.

In Karlsruhe und nächster Umgebung über 22 000 Abonnenten.

Expedition: Pirtel und Baumstraße 64 nächst Kaiserstr. u. Marktpl. Brief- od. Telegr.-Adr. laute nicht auf Namen, sondern: „Badische Presse“, Karlsruhe.

Nr. 152.

Karlsruhe, Mittwoch den 1. April 1908.

Telephon-Nr. 86.

24. Jahrgang.

Der Fall Hill.

Washington, 31. März. In Angelegenheit des Votschaferswechsels in Berlin fand gestern im Weissen Hause eine Konferenz zwischen dem Präsidenten Roosevelt, Staatssekretär Root und dem deutschen Votschafter Hr. Speck von Sternburg statt, die bis 10 Uhr abends dauerte. Hierauf erfolgte eine autoritative Erklärung folgenden Wortlautes:

„Im Anschluß an die bereits von dem deutschen auswärtigen Amt veröffentlichte Mitteilung hat auch der deutsche Votschafter der Bundesregierung die Versicherung übermittelt, daß niemals eine Aenderung in dem Standpunkt gegenüber Hill und der herzlichen Bereitwilligkeit, Hill in Berlin willkommen zu heißen, eingetreten sei. Offenbar sind einige Aeusserungen, die in einem gelegentlichen Gespräch gemacht wurden, entstellt und übertrieben worden, wodurch sodann ein vollständig irrtümlicher Eindruck von der ganzen Angelegenheit hervorgerufen wurde. Die beiden Regierungen haben niemals an diesen Mißverständnissen teilgenommen. Bei der Wahl Hills ist die Erwägung ausschlaggebend gewesen, daß er unter allen Beamten des diplomatischen Dienstes als der am meisten Geeignete erschien für diese besondere Stellung, eine Stellung allerersten Ranges, an Ehren sowohl wie an Verantwortlichkeit, bei welcher man deshalb auch wohl darauf achtete, daß dort ein erfahrener Diplomat und bewährter Redner, eine Autorität des internationalen Rechts und ein Kenner der Deutschen gesandt wurde, der mit gleichem Geschick als Mitarbeiter eines Staatssekretärs unter John Hay gearbeitet und als Gesandter im Ausland nacheinander zwei Posten bekleidet hat, auf deren letzterem er im Haag bemerkenswerte Dienste leistete. Diese Ansicht wird und wurde stets von dem Kaiser persönlich und von Deutschland in vollem Umfange anerkannt. Der Regierung lag es im Falle Hill ganz besonders daran, zum Ausdruck zu bringen, daß der Besitz nur bescheidener Mittel kein Hindernis für die Beförderung zu den höchsten Stellen bildet, und deswegen bedauert sie so außerordentlich, daß der Kongreß es unterließ, für die auswärtigen Votschafter angemessene Dienstwohnungen zu bewilligen. Diese Unterlassung wirkt direkt zugunsten reicher Männer und ermöglicht so außerordentliche Kontraste in dem Aufwand zweier aufeinanderfolgender Inhaber desselben Postens. Die noch nicht notifizierten Ernennungen Hills zum Votschafter in Deutschland wird in Übereinstimmung mit dem gestern abend gebilligten Plan morgen dem Senat zugehen. Für die Zurückberufung Towers ist der Zeitpunkt noch nicht festgesetzt, doch erwartet man, daß Hill ihn im Laufe des Monats Mai ersetzen wird.“

Es liegen hierzu noch folgende telegraphische Meldungen vor: Washington, 31. März. Im Weissen Haus wurde Towers Rücktrittsgesuch angefündigt und zum 1. Juni angenommen. In diesem Tag wird Herr Hill den Berliner Votschafterposten übernehmen. Washington, 31. März. Die Ernennung Hills zum Votschafter in Berlin, sowie L. M. Beauprés zum Gesandten in Haag und Spencer Edhys zum Gesandten in Argentinien ist dem Senat zugegangen. Towers Rücktritt wird am 1. Juni erfolgen. Washington, 31. März. Die „Evening Post“ sieht in der Affäre keinen Beweis, eines besonderen Taktes der deutschen Diplomatie. Die heftige Regierung sei offenbar aus politischer Freundschaft bemüht, die Angelegenheit möglichst günstig für Deutschland beizulegen.

London, 31. März. Die englischen Blätter widmen dem Falle Hill sorgfältig ein großes Interesse, enthalten sich aber meist eines Urteils. Geringer tadelt die „Daily News“ scharf das Eingreifen des Kaisers.

Deutscher Reichstag.

(Schluß aus der letzten Abendzeitung der „Bad. Presse“.) 1. hd Berlin, 31. März. Erste Beratung der Novelle zum Münzgesetz. (Einführung von 25 Pfg.-Stücken sowie Erhöhung der Kupferqualen an Silbermünzprägungen von 15 auf 23 A.) Reichstagssekretär Spohn empfahl die Vorlage in kurzen Ausführungen. Abg. Sped (Ztr.) äußert Bedenken gegen beide Punkte der Vorlage. Schatzsekretär Ebnow beruft sich gegenüber dem Vorredner darauf, daß der Reichstag selber die Petition der Danabroder Handelskammer um Anprägung von 25 Pfg.-Münzen der Reichskassier zur Erzeugung überwiegen habe und daß der Wunsch nach Erhöhung solcher Geldnoten alsdann in vergrößertem Maße aus Kreisen der Industrie und Landwirtschaft laut geworden sei. Abg. Dertel (natl.) tritt für beide Vorschläge der Vorlage ein. Abg. Gennung (kon.) bemerkt, die Erhöhung der Kupfernote bedeute noch der Auffassung seiner Freunde einen großen Fortschritt in der Hebung des Silberwertes. Er glaube auch durchaus nicht, daß damit die Goldprägung irgendwie gefährdet werde, im Gegenteil, diese erfahre gerade durch die vermehrte Silberausprägung einen Schutz. Abg. von Strombeck (Ztr.) spricht für das 25 Pfg.-Stück, das er f. B. angeregt hat. Abg. Arenst (Rp.) ist gleichfalls für das 25 Pfg.-Stück, falls seine Form praktisch gewählt wird, bezieht sich weiter die Ausprägung eines Dreimarck-Stückes und begründet das Erfordernis einer Kopfnote von 20 A. Abg. Kämpf (fr. Rp.) erklärt, das Bedürfnis nach 25 Pfg.-Stücken sei von so vielen Seiten laut geworden, daß man sich in der Kommission nur noch über die Form verständigen müsse. Gegen eine Vermehrung der Silbermünzen-Ausprägung habe er nichts weiter einzubringen, als daß die Ausprägung und Ausgabe nur je nach dem Bedürfnis erfolge. Nach kurzer weiterer Erörterung geht die Vorlage an eine Kommission von 14 Mitgliedern. Es folgt die Beratung der zum Post-Etat beantragt gewesenen, dort aber zurückgestellten Resolution Camp, in einem Nachtrags-Etat Dinarzettel-Zulagen für die mittleren Anzeiger- und unteren Postkassen in der Provinz Posen und den gemischtsprachlichen Gebieten Westpreußens zu fordern. Ein Amendement Abg. (fr. Rp.) will die Zulage nur „unwiderruflich“ gewähren. Auch liegt ein Antrag Abg. und Genossen vor, über die Resolution Camp namentlich abzustimmen. Abg. Scholz (Rp.) erklärt, die Ungerechtigkeit muß endlich beseitigt werden, daß die preussischen Beamten die Zulagen bekommen, die Reichsbeamten nicht. Abg. Fritzen (Ztr.) erklärt, seine Freunde hielten an ihrer alten Auffassung zu der Frage der Dinarzettel-Zulage fest. Sie würden also zwar dem Amendement Abg. (unwiderruflichkeit der Zulage) zustimmen, weil dasselbe zweifellos eine Verbesserung sei, aber auch bei Annahme dieses Amendements würden sie unbedingt den Antrag Camp ablehnen. Abg. Baffermann (natl.) erklärt namens seiner Fraktion sich für die Dinarzettelzulage nach Maßgabe der Unwiderruflichkeit. Abg. Brandts (Rp.) bekämpft den Antrag grundsätzlich und leugnet auch, daß für die Beamten in den Dinarzettel solche Schwierigkeiten beständen, wie sie von Abg. und Gen. zu Gunsten unwiderruflich zu gewählender Zulagen geltend gemacht wurden. Abg. Brandts (Rp.) erklärt, seine Freunde würden beide Anträge ablehnen. Abg. Debesour (Soz.): Wir lehnen die Korruptions-Zulage selbstverständlich ab.

Abg. Versdorff (kon.) und Lattmann (w. Rp.) treten noch für die Dinarzettel-Zulagen ein, worauf die Beratung schließt. Die namentliche Abstimmung soll erst morgen erfolgen.

Auf der Tagesordnung stehen dann noch mehrere ausgelegt gewesene Abstimmungen über Resolutionen zum Etat, zunächst über eine Resolution der Budgetkommission betr. Vergütung von Lieferungen für die Armee nur an Firmen, welche bei ihren Arbeitsbedingungen die gesetzlichen Vorschriften innehalten. Die Resolution wird angenommen und zugleich auch mit 127 gegen 121 Stimmen des Amendement Abg. bracht, daß bei Festsetzung der Arbeitsbedingungen in den Militärbetrieben nicht nur die Arbeiterausschüsse, sondern auch die Arbeiter-Organisationen mitzuwirken haben.

Ebenfalls angenommen wird die Resolution der Budget-Kommission zum Militär-Etat betr. Auszahlung des Lohnes an die in Militärbetrieben beschäftigten Arbeiter auch an den gesetzlichen Feiertagen, sowie betr. Einführung des 9 Stundenlages bei den in der Feldzeugmeisterei beschäftigten Personen.

Von den zum Etat der Reichsjustizverwaltung beantragten beiden Resolutionen Kirch und Baffermann betr. Strafrechtspflege usw. für Jugendliche gelangt nur die Resolution Kirch zur Annahme.

Zum Postetat wird die Resolution Damm (billiges Nachbarort-Porto) abgelehnt. Die Resolution Abg. betr. Umgestaltung der Beamten-Verhältnisse in der Postverwaltung wird angenommen, ebenso die Resolution betr. Schalterfahrlauf am 6 Uhr vor Sonn- und Feiertagen.

Morgen 1 Uhr Abstimmung über die Dinarzettelzulage, Resolutionen, Interpellation Abrecht betr. Schiffahrtsabgaben, Verjährungsvertrag. Schluß 6 1/2 Uhr.

Berlin, 31. März. (Tel.) In der heutigen Sitzung der Büren-Kommission des Reichstags wurden die Anträge Weber und Gen., die sogenannten Kompromißanträge, zur Regierungsvorlage bis § 52 angenommen. Zur Terraingeschäftsfähigkeit der in das Handelsregister eingetragenen Krämer und kleinen Handwerker erklärte der Minister Dr. Delbrück, daß im allgemeinen nur Vollkaufleute ins Handelsregister eingetragen werden sollten. Die Eintragung der Handwerker und Kleinkaufleute bilde eine Ausnahme. Die verbündeten Regierungen glaubten deshalb, um eine Einigung zu erreichen, auf ihrer Vorlage nicht bestehen zu sollen, umso mehr, als sonst leicht das ganze Gesetz scheitern könnte. Die Weiterberatung wurde auf Donnerstag vormittag vertagt.

Berlin, 31. März. (Tel.) Die „Nordd. Allg. Ztg.“ meldet unter dem Titel „Alkohol und Eingeborenenpolitik“ ist von der Kolonialverwaltung dem Reichstag die von der Budgetkommission feinerzeit erbetene Darstellung über den Umfang des Alkoholkonsums bei den Eingeborenen und über die Mittel zu dessen Bekämpfung vorgelegt worden. Aus der Darstellung der Denkschrift ergibt sich, daß von einer zunehmenden Verfeinerung der deutschen Kolonien nicht gesprochen werden kann. Die Gesamteinfuhr von Branntwein in Westafrika betrug 1898 2 807 000 Liter, 1906 2 797 000 Liter. Es ist somit eine Verminderung der Branntweineinfuhr festzustellen. Erwähnt wird die Regierung gegen den Alkoholkonsum scharfere Maßregeln ergreifen. In der Denkschrift wird dargelegt, daß vor allem eine international festzulegende einheitliche Zollhebung anzustreben sei. Gleichzeitig müßten die Produktionsabgaben auf einen einheitlichen Normalfuß festgelegt und die Befreiung aller Differenzialzölle im Spirituosenerwerb durch die Brüsseler Konvention bestimmt werden. Ferner soll die Erhöhung der Verkaufsabgaben, namentlich in Togo, in Erwägung gezogen werden. Auch ein Verbot des Verkaufs von Branntwein an Minderjährige werde zu erwägen sein, wie die Ausdehnung des Verkaufsverbots an Eingeborene oder völlige Einfuhrverbot in gewissen Gebieten von Kamerun. Für Ost- und Südwestafrika könnten scharfere Strafbestimmungen bei Uebertretung dieser Verbote ins Auge gefaßt werden.

Tages-Rundschau Deutsches Reich.

Frankfurt a. M., 31. März. Zu Ostern wird hier der vor zwei Jahren gegründete Reichsverband altkatholischer Jungmännlichen seine erste Hauptversammlung abhalten. Dieser reglementierte

sie Frau Meier heißt und 40 Jahre alt ist; — aber was meint ihr wohl, ob sie zweiter oder dritter Klasse fährt?“

„Dritter natürlich, da sie die Reise selbst bezahlt.“ war Erichs schnelle, von männlicher Ueberlegenheit zeugende Antwort, und Ernst fügte weise hinzu: „Der eigene Geldbeutel wird natürlich möglichst geschont.“ Dann, nach kurzer Erwägung: „Woran sollen wir sie eigentlich erkennen?“

Liesbeth lachte. „Einfach daran, daß sie uns gänzlich unbekannt ist. Hier steigt doch selten eine Fremde aus, und wenn sie aussteigt, sieht sie sich sofort hilflos um.“

Der heranbrauende Zug unterbrach die Unterhaltung. Die drei stellten sich nebeneinander auf und blickten ihm halb neugierig, halb verdrießlich entgegen, aber die Reugier überwog. Dann, als die Türen geöffnet wurden, konzentrierten sie ihre ganze Aufmerksamkeit auf die dritte Klasse, aber vergeblich. Wohl stiegen einige fremde weibliche Wesen aus, aber sie wurden sofort von Freunden und Verwandten in Empfang genommen, und schließlich wandten sich die jungen Leute dem Ausgange zu.

„Gott sei Dank, sie ist gar nicht mitgekommen.“ meinte Liesbeth erleichtert.

„Vielleicht kommt sie erst morgen.“ sagte Ernst. „Oder sie ist unterwegs verunglückt und sie kann gar nicht kommen, das wäre noch feiner!“

Es war Erich, der gutmütigste von allen, der diese herzlose Bemerkung machte, aber er wurde auch sofort dafür bestraft, denn eine heitere Stimme, dicht hinter ihnen, sagte plötzlich: „Ich bedauere unendlich, meine Herrschaften, aber ich bin leider...“ (das leider wurde lachend betont), „nicht entgleist, und wie Sie sehen, kerngesund. Welche Enttäuschung das für Sie ist, kann ich mir denken, aber ich hoffe, Sie finden sich mit philosophischem Gleichmut in das Unvermeidliche und gestatten mir, Sie als Hausgenossen zu begrüßen!“

(Fortsetzung folgt.)

Onkel Timm.

Luftspiel-Roman von G. v. S i o l m a n s.

(5. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Zwischen hatte sich Annemarie, die ein Ledermäulchen war und immer hungerte, ein Stück Schwarzbrot mit Butter und Sirup bestrichen, und indem sie in höchst drastischer Weise ihre gespreizten Finger abzehrte, sagte sie:

„Wo soll diese greuliche Frau Meier denn wohnen?“ Lene wurde ein bißchen verlegen.

„Der Papa hat darüber nichts bestimmt“, meinte sie, „aber ich denke, die kleine graue Stube ist für so eine Polackische gerade gut genug. Das gelbe Zimmer mit den guten Möbeln und der hübschen Aussicht muß für unseren Logierbesuch bleiben.“

Liesbeth lachte. „Gott, Lene“, sagte sie, „Logierbesuch, haben wir doch eigentlich nie, und jetzt im März ist es mitunter noch recht kalt.“

„Ja, die kleine graue Stube ist ein feuchtes, ungemütliches Loch ohne Ofen.“ fügte Grete gelassen hinzu.

„Einerlei“, war die Erwiderung, „sie ist es wahrscheinlich nicht besser gewohnt, und je weniger es ihr bei uns gefällt, um so eher geht sie wieder fort. Die Frau Bürgermeister meint auch, wir sollten es ihr nicht zu gemütlich machen. Sie wird ja doch meistens unten im Wohnzimmer sein.“

„Notabene, wenn sie nicht im Hause herumjähnebelt“, meinte Fritz voll unbehaglicher Ahnungen. „Man wird wohl nirgends sicher vor ihr sein, aber Ernst und Erich haben schon gesagt, auf ihre Bude darf sie nicht kommen. Die schließen sie ihr einfach vor der Nase zu.“

Ernst und Erich waren die Zwillinge und ältesten Söhne Doktor Hansemanns. Sie sahen beide in der Prima, lernten fleißig und befanden sich in dem hoffnungsvollen Uebergangsstadium, in dem Jünglinge jeden Zweifel an ihre männliche

Reise und Würde als tödliche Beleidigung auffassen und von ihrer Welt- und Menschenkenntnis ganz durchdrungen sind.

Außer ihnen gab es noch die beiden Kleinen. Konny, achtjährig, mit Gassenbubenmanieren und einer ausgeprochenen Vorliebe für die unteren Volksklassen, und Bißelotte, ein blondlockiges, süßes kleines Geschöpf von fünf Jahren, das von Lene abgöttisch geliebt und maßlos verzogen wurde. Auch bei dem Vater und den Geschwistern setzte sie immer ihren Willen durch und brach bei dem geringsten Widerspruch in ein lautes Indianergeheul aus, das man einem so zarten Geschöpf gar nicht zutraute.

— Damit erreichte sie alles, was sie wollte und bei Tisch holte sie sich eigenhändig aus den Schüsseln, was ihr gerade gefiel.

II.

Doktor Hansemann hatte die Absicht gehabt, seine Hausdame selbst abzuholen, er wurde aber im letzten Augenblick daran gehindert und so schickte er die drei Kleinsten, Bißbeth und die Zwillinge, zum Empfang auf den Bahnhof.

Die drei gingen vor Anknüpf des Zuges plaudernd und wartend auf dem Bahnsteig auf und ab.

„Wie sie wohl aussehen mag?“ meinte der Ernst nachdenklich.

„Scheußlich natürlich“, war Erichs lebhafteste und prompte Erwiderung. „Weißt du nicht, wie mir Klaus Harms bei seinem Vater bejauchte? — Der hatte auch eine Hausdame, weil seine Frau gestorben war.“

„Du hast recht“, meinte Ernst, „ich entfinne mich ihrer noch ganz gut klein und dick war sie und auf dem einen Nasenflügel hatte sie eine große Warze.“

„Ja“, vollendete Erich, „sie tief so unruhig hin und her. Immer lachte sie etwas, ihren Schlüsselbund, ihr Taschentuch oder ihre Brille, und ihre Stimme knarrte wie eine schlecht gedölte Tür.“ Liesbeth lächelte. „Vielleicht ist diese doch etwas netter.“ Ernst zuckte die Achseln. „Wie soll sie denn netter sein, wenn

band hat sich inzwischen ganz stätlich entwickelt; bei seiner Franzfurter Tagung wird er auch mit Vorträgen in die Öffentlichkeit treten.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhause.

Berlin, 31. März. Zu Beginn der Sitzung verlas Präsident v. Erdödy ein Schreiben des Staatsministeriums, in dem mitgeteilt wird, daß die Regierung die Absicht habe, die Session möglichst bald zu schließen.

Die Koalitionsfreiheit der Straßenbahnen.

Stuttgart, 31. März. Die Direktion der hiesigen Straßenbahn hat eine Verfügung erlassen, worin es heißt: „Obgleich die Gewerbeordnung auf Straßenbahnunternehmungen, wie die hiesige, keine Anwendung findet, müßte die gesetzliche Koalitionsfreiheit für die Angestellten nicht beachtet, hat der Aufsichtsrat gestern beschlossen, diese allgemeine Einschränkung des Koalitionsrechts fallen zu lassen, in der Erwartung, daß die Verwaltung dauernd bemüht ist, das gute Einvernehmen mit den Bediensteten zu erhalten und zu befestigen.“

Sparbarkeit bei den württembergischen Staatsbahnen.

Stuttgart, 31. März. Der ungünstige Abschluß der württembergischen Eisenbahnverwaltung, der zur Einziehung einer Sparcommission geführt hat, macht es erforderlich, auch auf dem Gebiet des Personalwesens Einsparungen einzutreten zu lassen und Maßnahmen zu vermeiden.

Doppelkarten auf den Staatsbahnen.

München, 31. März. Mit der Ausgabe von Doppelkarten wird in Bayern und auch bei den übrigen deutschen Bahnen am 1. Mai d. Z. begonnen. Bayern beschränkt die Ausgabe auf den Stadt-Porto-Markt und Ausflugsverkehr.

Oesterreich-Ungarn.

Die böhmische Sprachenfrage.

Wien, 31. März. (Tel.) Im Budgetausfluß erklärte der Justizminister, der neue Strafrechtentwurf werde auf Grund der vorjährigen Enquete einer gründlichen Revision unterzogen werden.

Abg. Schreyer erklärte sich mit den Ausführungen des Justizministers nicht einverstanden, da dieser die deutschen Richter getadelt und unterlassen habe, die Verträge zu beurteilen, die tschechische Amtssprache in die Justizpflege einzuführen.

Abg. Belich gab die Erklärung ab, die tschechischen Agrarier und katholischen Nationalen hätten gar kein Interesse am Zustandekommen des Budgets, da die Erklärung des Justizministers niemand im tschechischen Volk ohne Unterschied der Partei befriedigen könne.

Nach der Erklärung des Ministers verließen sämtliche tschechische Abgeordnete den Beratungssaal und zogen sich zu Beratungen zurück. Sie beschloßen, da sie die Erklärungen des Ministers für vollständig unbefriedigend halten, gegen das Budget zu stimmen und aus der Koalition auszutreten.

Ministerpräsidenten mitgeteilt. In der morgigen Vollversammlung der tschechischen Abgeordneten werden endgültige Beschlüsse gefaßt.

Auch die Deutschen hielten eine Beratung, über die sie eine Mitteilung veröffentlichten, in der die Ausführungen des Justizministers einer völlig abfälligen Kritik unterzogen werden. Es muß somit mit dem Ausbruch einer Parlaments- und Regierungskrise gerechnet werden.

Schweiz.

Nationalrat und Ständerat.

Bern, 31. März. Der Nationalrat beschloß heute mit 74 gegen 43 Stimmen, den Bundesrat einzuladen, die Frage zu prüfen, ob ein allgemeines Verbot der Fabrikation zum Verkauf bestimmten Kunstweines erlassen werden sollte.

Der Nationalrat nahm ferner den Antrag an, den Bundesrat einzuladen, zu prüfen und zu berichten, wie die allgemein empfundene Nothlage des Hausierwesens beseitigt werden können, und ob nicht die Erteilung von Hausierpatenten an Ausländer eingeschränkt werden sollen.

Bern, 31. März. Der Ständerat erteilte dem Genfer Versammlungsbeschlusse über die Trennung von Staat und Kirche die eigenständige Gewährleistung.

Italien.

Rom, 31. März. (Tel.) Der Kassationshof hat heute nachmittags die Nichtigkeitsbeschwerde Rapis für unzulässig erklärt.

Aus der Sitzung des Senats.

Rom, 31. März. (Tel.) In der heutigen Sitzung des Senates hielt zunächst der neue Präsident Manfredo die übliche Antrittsrede, die unter allgemeinem Beifall mit einem Hoch auf den König schloß.

Frankreich.

Paris, 31. März. (Tel.) Wie in den Wandelgängen der Kammer verhandelt, beabsichtigt die Regierung, die Parlaamentsession bereits am 3. oder 4. April zu schließen.

Paris, 31. März. (Tel.) Im heutigen Ministerrat teilte der Kolonialminister Willès-Lacroix mit, daß er die Absicht habe, sofort nach Schluß der Kammer session eine Besichtigungsreise nach Französisch-Westafrika zu unternehmen.

Toulon, 31. März. (Tel.) Der angeblich unter Spionageverdacht verhaftete schweizerische Offizier, welcher mit seinem richtigen Namen von der Weid heißt, hat nachgewiesen, daß er das Arsenal leblich infolge eines Mißverständnisses betreten hat.

Spanien.

Madrid, 31. März. (Tel.) Da Ministerpräsident Maura von der Verlängerung der Kammer session Abstand nahm, verzichtete die geübte republikanische Minorität auf die weitere Obstruktion gegen die Vorlagen der Regierung.

„Imparcial“ glaubt, daß diese Spaltung neue Schwierigkeiten schaffen wird.

Amerika.

Washington, 31. März. (Tel.) Präsident Roosevelt hat heute dem Senat den Schriftwechsel mit Venezuela zugehen lassen, der die Geschichte der fünf amerikanischen Forderungen enthält.

New York, 1. April. (Tel.) Der Anarchist Bergmann, der vorgehen freigelassen wurde, wurde gestern wieder verhaftet unter dem Verdacht, an dem Bombenattentat am Samstag teilgenommen zu haben.

Port-au-Prince, 31. März. (Tel.) Der „New York Herald“ meldet: Präsident Nord Alexis hat beschloßen, Herrn Nembs, den Chef der deutschen Firma Hermann u. Co., wegen angeblicher finanzieller Unterstützung der Revolution auszuweisen.

Verordnungsänderungen

im Oberpostdirektionsbezirk Karlsruhe

Angenommen: Zu Postanwärtern: Sebastian Busch, Friedrich Dahn, Felix Hüger in Mannheim, Karl Birenbach in Forstheim, zu Telegraphenanwärtern: Karl Bauer, Friedrich Diehrleiteit, Jakob Gernerich, Paul Klein, Heinrich Müllich, Franz Reiterich, Paul Richter,

Wilhelm Strobel in Mannheim, Reinhold Garbe, Friedrich Gauer, Karl Weiermann in Karlsruhe.

Ständig angeheilt: Als Postassistenten: Die Postanwärter Ludwig Lang, Karl Leucht in Baden-Baden, Peter Weber in Godesheim, Edmund Genannt, Simon Metz, Karl Weiss in Karlsruhe, Gustav Gaffner in Mannheim-Baldhof, Edmund Klingel in Kallst; als Telegraphenassistenten: Die Telegraphenanwärter Heinrich Ehrlicher, Franziskus Schellhammer in Karlsruhe, Erwald Garbe, Wilhelm Häusler, August Josobi in Mannheim.

Bersetzt: Die Postassistenten: Rudolf Brägel von Karlsruhe nach Bruchsal, Max Grabinger von Durlach nach Karlsruhe, Heinrich Strickbaum von Karlsruhe nach Mannheim, Valentin Salomon von Heidelberg nach Mannheim, Emil Hubrod von Godesheim nach Mannheim.

Badische Chronik.

Karlsruhe, 31. März. Das „Wesens- und Verordnungsblatt“ für das Großherzogtum Baden veröffentlicht den Gesetzentwurf, die Vereinigung der Gemeinde Stetten mit der Stadtgemeinde Bruchsal betreffend.

Karlsruhe, 29. März. Zur Beschleunigung der Müdigkeitsunterlegter Sicherheit wurde mit Ermächtigung des Justizministeriums vom Verwaltungshof das Verfahren dahin geregelt, daß die Müdigkeitsurteile schon auf Einlauf der nach dem Erlasse des Justizministeriums vom 18. Januar 1907 zu erlassenden Anträge von dem Freiwerden der Sicherheit auf Grund des bei Gericht gestellten Müdigkeitsantrags angeordnet wird, wenn kein Zweifel über die bezugsberechtigten und über die Art der Müdigkeitsbeschäftigung besteht.

Karlsruhe, 31. März. Was § 15 der Verordnung vom 18. Oktober 1905, die Bekämpfung der Reklams betreffend hat nach einer neuen Verordnung des Ministeriums des Innern folgende geänderte Fassung erhalten: „Der Anbau aller in Amerika heimischen Neben oder von Kreuzungsprodukten solcher Neben untereinander oder mit anderen Neben ist, abgesehen von den nach § 16 gestatteten Versuchen, untersagt.“

Karlsruhe, 31. März. Nicht nur dem „Badischen Eisenbahnerverband“ ist das Zirkular der Groß-Generaldirektion zugegangen, sondern auch dem „Verband sächsischer Eisenbahner“.

Karlsruhe, 31. März. Freiwillig aus dem Leben geschieden ist der 21 Jahre alte Anton Weist von hier, der am Sonntag nacht den Tod im Altrhein suchte und fand. Er hat die Tat aus Kummer darüber begangen, weil seine Angehörigen ihm wegen des Verfalls mit einem 18jährigen Mädchen Verwirrungen machten.

Heidelberg, 30. März. Bei Fundamentierungsarbeiten in der „Anlage“ wurden eine Anzahl alter Grabsteine bloßgelegt, die als Defekt 1552, 1655, 1611, 1728 usw. und tragen sehr gut erhaltene Inschriften und Wappen. Die Fundstücke wurden in das städtische Kaputtarium verbracht.

Hahmersheim (A. Mosbach), 28. März. Am 8. April feiern der Schlossermeister Heinrich Gennrich und seine Ehefrau Christina Katharina geb. Einab das Fest der goldenen Hochzeit. Der Jubilar ist 88, die Jubilarin 72 Jahre alt.

Geroldsheim (A. Laubersheim), 30. März. Nach dem letzten ausgegebenen Jahresbericht der hiesigen Kaufmannsvereins war die Anzahl in diesem Schuljahr von 98 Schülern besetzt. Von den Schülern sind 41 ganz taub, 34 haben Schallgehör, die übrigen Gehör, oder ziemlich Gehör. Angeboren ist das Gebrechen bei 34, erworben durch Krankheit, Unglücksfälle usw. bei 58. Bei mer ist die Ursache unbekannt. Den schwereren und erfolgreicheren Unterricht erteilen 8 elatsmäßige Reallehrer, 5 nachelatsmäßige Unterlehrer und 2 Handarbeitslehrerinnen.

Merdingen (A. Adelsheim), 30. März. Am Nachmittags des 27. d. M. brach hier im sogenannten Büchse an der Rejsocher Grenze ein Waldbrand aus. Etwa 90 bis 100 Ar feien dem verheerenden Element zum Opfer. Erst nach 1 1/2 stündiger anstrengender Arbeit konnte dem Feuer Einhalt geboten werden. Es ist wohl anzunehmen, daß der Brand von Vorübergehenden durch Wegwerfen brennender Zigaretten oder Zündhölzchen verursacht wurde.

Eppingen, 30. März. In der „Sonne“ fand gestern die jährliche Hauptversammlung des Vorkaufvereins statt. Dieselbe beschloß dem Antrage des Aufsichtsrates entsprechend hener den 1914.95 Mark betragenden Reingewinn wie nachstehend zu verteilen: Vortrag auf neue Rechnung 2045 Mk., dem Reservefond 2500 Mk., und 5 Prozent Dividende auf die bezugsberechtigten Geschäftsanteile. Die ausstehenden Aufsichtsratsmitglieder L. Jörn und R. L. Zutaer wurden wiedergewählt.

Kastatt, 31. März. In der heutigen Bezirksratsitzung wurden u. a. die Gemeinderatswahlen in Ottersdorf und Bishaus für ungültig erklärt, da sie nicht den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend vorgenommen wurden.

Weisenbach (A. Murgtal), 31. März. Der Durchschlag für das vorbereitete Tunnel der Verlängerung der Murgtal-eisenbahn ist vergangene Woche nun ebenfalls erfolgt, während man mit dem zweiten Tunnel schon früher durchkam. Die Bohrarbeiten wurden durch die kürzlich eingetroffenen elektrischen Maschinen sehr beschleunigt, wie überhaupt die gesamten Kräfte

1. April 1908.

Nicht wunderwunder von Baum zu Baum Der Frühling einher in dem Walde: Dann hinaus aus dem engen alltäglichen Raum, hinein in den wachenden, lachenden Traum, hinauf auf die sonnige Höhe! Wir stehen im Schatten Jahrhunderte lang: Drum singt in die wogende Wonne Hinaus, was im innersten Herzen erklang Zum Ruhme des Einzigen, der uns erzwang Den gebührenden Platz an der Sonne! Und singt, daß es klinge wie ein Jubelchor Der alten, germanischen Leute, Daß die Wälder es brauen von Ort zu Ort Das eine, das mächtige Jambertwort: Hürst Bismarck heut immer aufs Neue!

Dr. K a h n i s h.

Bismarcks Sturz.

III.

Dr. Egelhaaf fährt in seiner „Geschichte der neuesten Zeit“ bei der Schilderung der kritischen Zeit der Februar- und Märzlage 1890 wie folgt fort:

So war die Lage der Dinge, und nun kam zu allem, was sich zwischen Kaiser und Kanzler auftrat, noch der Ausfall der Reichstagswahlen hinzu. Ich weiß auf Grund zuverlässiger Kenntnis, daß Bismarck am 25. Februar dem Kaiser über das Wahlergebnis Bericht erstattete und daß er dabei den Eindruck gewann, daß sein Rücktritt von dem Kaiser erwogen werde: er erklärte sich bereit, zu gehen, sobald ein tanglicher Nachfolger gefunden sei, etwa im Laufe des Sommers.

Reichstag nicht leicht durchgehen werde; es werde eine oder es werde auch zwei Reichstagsauflösungen nötig werden; so allerhöchstenfalls müsse man die Bundesverfassung nach Berlin einberufen und mit ihrem Einvernehmen die Reichsverfassung im Punkte des Wahlrechtes und wo es sonst vielleicht noch nötig sei, abändern. Jetzt sei so etwas noch nicht möglich; er persönlich habe noch die Kraft und den erforderlichen Kredit dazu; später werde es unmöglich sein. Es schien, als ob der Kaiser für diesen Vorschlag gewonnen sei; als Bismarck erklärte, daß, wenn man die Sache überhaupt in die Hand nehme, sie auch unter allen Umständen durchgeführt werden müsse und es dann heiße: no surrender! keine Uebergabe! stimmte der Kaiser zu: dann no surrender!

Von diesem Vorgang hat offenbar Professor Dr. Hans Delbrück in Berlin Kenntnis gehabt, wenn er in zwei Aufsätzen in den Preussischen Jahrbüchern Band 126 (1906) geäußert hat, daß nach den Mitteilungen zweier Personen, die Delbrück indes nicht nennt, Bismarck im März 1890 die Absicht gehabt habe, das allgemeine Wahlrecht aufzuheben. Delbrücks Behauptung ist damals fast allgemein von solchen Männern, die Bismarcks Andenken hoch hielten und unterrichtet sein konnten (so von dem Bonner Kurator v. Notenburg, dem früheren Vorstand der Reichslangelei) zurückgewiesen, aber von Bismarcks Todfeinden, den Sozialdemokraten und den alten Fortschrittlichen, mit Hochgemut aufgegriffen und zu seinem Unglück ausgeschlachtet worden. Nur Otto Kämmer hat in den Grenzboten (1907, 3. Januar) Delbrück beigestimmt und sich auf eine Unterredung berufen, die er am 30. Okt. 1892 in Varzin mit Bismarck hatte und worin dieser sagte, daß er 1890 soweit gegangen sein würde, den Sozialdemokraten das Wahlrecht zu entziehen, als ausgeprochenen Todfeinden des Staates. Wenn ich meinerseits Delbrück nicht unbedingt entgegen treten kann, so glaube ich doch, daß er Bismarcks Meinung nicht genau getroffen hat. Es handelte sich zunächst um eine Gesetzesvorlage, welche die Zahl der stehenden Truppen beträchtlich erhöhen sollte. So etwas darf man dem deutschen Volk nicht leichtsinig zumuten, sondern nur, wenn man überzeugt ist, daß es nicht anders geht. Dann aber, das war unangenehm für Bismarck, sollte Uebergangung, dürfen der Kaiser und seine Verbündeten vor einem Widerstand auch nicht zurückweichen; sonst fügen sie sich offenbar in eine Entscheidung, welche sie für unheilvoll halten, und geben mit ver-

lettem gutem Gewissen und schwer gebührenden Ansehen aus dem Kampf hervor. Wird ein solcher Kampf überhaupt unternommen, so muß er siegreich enden; sonst verschlingt er mehr als bloß das Heeresbudget, um das zunächst gekämpft wird. Hier heißt es entweder — oder! Die weise Fühne der Uebergabe darf niemals hoch gehen. Zunächst versucht man es mit einer Reichstagsauflösung; sie hat 1878 und 1887 zu dem erwünschten Ziel geführt, und wenn es wieder so geht, dann ist alles gut; dann ist der Beweis erbracht, daß bei dem Anruf des Patriotismus die breiten Massen nicht versagen, und das Allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht fest steht als je. Gelingt es das erste Mal nicht, die reitende Uebergangung von der Notwendigkeit einer anderen Wahlheit ins Volk zu tragen, so ist die Sache eines zweiten Versuches wert; vielleicht geraten dann die ganzen Massen in Fluß, und der Baum fällt auf den zweiten Stich. Erst wenn auch dieser Versuch fehlschlagen sollte, dann muß man, da ein Zurückweichen jetzt vollends zur Katastrophe werden würde, den Weg bis zum bitteren Ende gehen und das Mittel ergreifen, das als letztes und äußerstes schon im Oktober vor Bismarcks Seele stand: die Fürsten und freien Städte, die 1867 und 1870 das Reich errichteten und die Verfassung gegeben haben, die aber zur Einsicht gekommen sind, daß das Vaterland mit ihr nicht bestehen kann, sagen sich von dieser Verfassung los, ändern sie da ab, mo es sein muß, und ziehen sich entweder auf ein Boll- und Kriegsbündnis ohne Reichstag zurück, oder sie vereinbaren die neue Verfassung mit einem auf anderem Grundwege gewählten Reichstag — alles wie 1867 und 1870, nur ohne das jetzt bestehende Wahlrecht.

Das war nach meiner Ansicht Bismarcks Gedankengang. Keineswegs sagte er die Abänderung der Reichsverfassung sofort ins Auge; wenn immer möglich, so blieb er in ihrem Rahmen. Wenn aber die Lage sich so zuspitzte, daß es hieß, brechen oder brechen; daß der preussische König, der mit seinem Leutbater alles nach Wunsch und Bedürfnis zum Wahl Freireich zu stände bringen konnte, durch die Reichsverfassung an Händen und Füßen gebunden richtig gehen sollte, wie der Wagen dem Abgrunde näher und näher raste; dann war Bismarck entschlossen, seinem König zum Widerstand bis aufs Messer zu raten, und den Entschluß nicht zu verlassen, wie er 1862 sich jedem Schicksal trotzend

beiden bei der jetzt eingetretenen guten Witterung flott vorwärts gehen.

Baden-Baden, 31. März. Unter den zahlreichen Glückwünschen, die Oberbürgermeister a. D. Dr. Gönner aus Anlaß seines 70. Geburtstages zugegangen, befanden sich auch Schreiben von den Mitgliedern des Staatsministeriums, ebenso ein solches von der sozialdemokratischen Fraktion des Landtages, vertreten durch Abg. Ged. Zahlreiche Vereine der Stadt überbrachten Glückwunschkarten.

Laub, 31. März. Der 17 Jahre alte Albert Schatz von hier verfehlte dieser Tage seinem älteren Bruder Karl einen so wichtigen Schlag auf den Kopf, daß dieser eine schwere Verletzung der Hirnhäute davontrug, so daß für dessen Leben befürchtet wird. Albert Schatz wurde heute abend verhaftet. Auf dem Transport zum Amtsgefängnis nahm er jedoch Reißaus, passierte, von dem Gendarmen verfolgt, mehrere Straßen und verschwand schließlich in der Rappentorgasse, ohne daß man bis jetzt wieder seiner habhaft werden konnte. Schatz ist trotz seiner Jugend schon wiederholt vorbestraft.

Freiburg, 31. März. Die Stadtverwaltung hatte zur Erbauung eines Krematoriums eine Preisbewerbung für die drei besten Pläne ausgeschrieben. Es kamen 84 Konkurrenzentwürfe ein, wovon den ersten Preis (1500 M) Architekt Emil Bopp aus Karlsruhe, den zweiten (900 M) Architekt Hertel aus Badenweiler und den dritten Architekt Hengst aus Baden, der Erbauer des Oberweiler Genesungsheims, erhielt.

Freiburg, 31. März. Der Turnerbund Freiburg war mit seinem Kapitalvermögen von 15 000 M, das er zur späteren Erbauung einer eigenen Turnhalle angesammelt hatte, zur Vermögenssteuer beigezogen worden; seine Beschwerde wurde von der Steuerbehörde in Karlsruhe als unbegründet zurückgewiesen. Nun hat einer weiteren Klage gegen das Finanzministerium dahin entschieden, daß der Verein mit seinem Kapitalvermögen steuerfrei zu lassen sei. Die Turnvereine der deutschen Turnerschaft sind damit in Baden als gemeinnützige Vereine anerkannt.

Müllheim i. Br., 1. April. Gestern früh stürzte ein im „Döhen“ übernachtender Hausierer aus noch unaufgeklärter Ursache aus dem Fenster seines im zweiten Stock gelegenen Zimmers in den Hof, wo er mit schweren Kopf- und Armverletzungen aufgefunden wurde.

Rom Oberland, 31. März. Verschiedene Blätter brachten die auch von uns wiedergegebene Nachricht, daß Reichs- und Landtagsabgeordneter Duffner an Kehlkopfentzündung erkrankt sei. Wie nun die „Bad. Korresp.“ meldet, beruht diese Nachricht auf einem Irrtum. Herr Duffner hat erst heute in der Kammer eine Rede gehalten, wie dies ja auch aus dem Landtagsbericht hervorgeht.

Donauwörth, 30. März. Der 114er-Lag findet hier voraussichtlich am 28. Juli statt.

Donauwörth, 31. März. Heute mittag nach 2 Uhr stürzte bei den Betonierungsarbeiten zum Kellerneubau der F. F. Brauerei eine ca. sechs Meter hohe Mauer ein, welche ein Gewicht von mindestens 1600 Zentnern besaß. Hierbei wurden 12 Arbeiter verletzt. Sie erlitten zum Teil schwere Verletzungen. Mit Hilfe der übrigen Arbeiter konnten die Verletzten alsbald von den schweren Massen befreit werden. Schwer verletzt sind: Anton Hagel von hier, Armbruch, Adolph Hülgel von Wolterdingen (Rippenbruch), leichte Verletzungen erlitten die Tagelöhner Bild und Holzer von Bräunlingen, sowie die Zementere Arbeiter von Durlach und Haller von Frankfurt a. M. Diese hatten meist Kopf- oder Fußverletzungen, während die übrigen mit dem Schrecken davonkamen. Die Arbeiten wurden sofort polizeilich eingestellt und die Untersuchung eingeleitet.

Donauwörth, 31. März. Ein ernstlicher Unglücksfall ereignete sich heute vormittag. Der Dienstknecht Hell war mit Dampfkochgeschloß beschäftigt. Infolge Ausgleitens geriet er unter die Räder seines Fuhrwerkes und wurde über zugerollt. Der schwer Verunglückte wurde ins Krankenhaus verbracht.

Vom Landtag. Die Verwaltungskommission erlegte bei ihrer heutigen Fortsetzung zunächst die Abteilung K 1 des Gehaltsstatuts. Zu einer längeren Diskussion gaben die Petitionen des Automobilhypothekens Anlaß. Seitens der Regierung wurden Entwürfe abgegeben, die eine zufriedenstellende Lösung der Angelegenheit ermöglichte. Im weiteren Verlauf der Verhandlung wurde die Abteilung C 3 des Tarifs erledigt. Bei Beratung dieser Abteilung führte die Petition die aus der Klasse der Eisenbahngeschäften hervorgegangenen Stationsvorsteher und Bureauassistenten zu einer eingehenden Aussprache. Man hofft im Laufe dieser Woche noch die auf

die unteren Beamten sich beziehenden Tarifabteilungen erledigen zu können.

Karlsruhe, 31. März. Nach einem Beschlusse des Seniorenkongresses der zweiten Kammer wird sich dieselbe vom 11. bis 27. April vertagen. Die Kammer hofft noch vor den Ferien sämtliche Budgetberichte mit Ausnahme des Berichtes über die Mittel- und Volksschulen erledigen zu können. Am Freitag halb 5 Uhr findet eine außerordentliche Sitzung statt zur Erledigung des Budgets der Oberrechnungskammer und dreier Interpellationen, die sich auf die Poststellen für Süddeutschland, den neuen Schnellzug Saarbrücken-Würzburg-Darmstadt und die Grenzverlegung bei Leopoldshöhe beziehen. Am Samstag soll das Budget der Finanzen, soweit es die Berichte der Abg. Kolb und Sängler umfaßt, am Montag und Dienstag nächster Woche das Domänenbudget und am Donnerstag das Budget der Steuern und Zölle zur Beratung kommen. Der Samstag ist für die Verabschiedung einer Reihe Petitionen vorgesehen.

Zum Tode des Oberbürgermeisters Ved.

Manheim, 31. März. Anlaßlich des Todes des Oberbürgermeisters Dr. Ved fand, wie schon kurz mitgeteilt, heute vormittag eine außerordentliche Sitzung der städtischen Kollegien statt. Bürgermeister Martin widmete dem Verstorbenen einen warmempfundnen Nachruf, währenddessen sich die Anwesenden tieferschütterten von den Sagen erhoben hatten. Es wurde sodann beschlossen die auf Donnerstag nachmittag 4 Uhr angelegte Beerdigung als städtische Angelegenheit zu behandeln.

Bei der Familie des Verstorbenen und dem Stadtrat sind bereits zahlreiche Trauerkundgebungen eingegangen. Das Großherzogspaar sandte folgendes Beileidstelegramm: „Tief bewegt durch die erschütternde Trauernachricht sprechen wir Ihnen und Ihren Kindern unsere allerherzlichste Teilnahme aus. Gott wolle Ihnen mit seinem Trost nahe sein! Das Ansehen an den allzufrüh Entschlafenen und seine hohen Verdienste um die Entwicklung der Stadt Mannheim werden uns stets unergesslich bleiben. Großherzog und Großherzogin.“

Großherzogin Luise drückte ihr tiefes Beileid durch folgendes Telegramm aus: „Erfahre mit tiefer Betrübnis den Heimgang Ihres Gatten. Die schmerzliche Nachricht erfüllt mich mit aufrichtiger Teilnahme für Ihre und Ihrer Kinder unersehlichen Verlust. Dieser Verlust ist aber für die Stadt Mannheim ein ebenso unersehlicher, tief zu beklagender und so ist meine Mittrauer bei dem Heimgang Ihres hochverdienten Gatten eine wahrhaft herzliche, tief empfundene. Großherzogin Luise.“

Ramens des Großh. Staatsministeriums lief folgendes Telegramm des Staatsministers v. Dufh ein: „Ramen der Mitglieder des Staatsministeriums bitte ich Sie, den Ausdruck unserer herzlichsten Teilnahme an dem schweren Schicksalsschlag entgegenzunehmen, der Sie so jääh betroffen hat. Wie werden dem Dahingegangenen, der sich um die Stadt Mannheim unvergessliche Verdienste erworben hat, allezeit ein ehrendes Andenken bewahren. Staatsminister v. Dufh.“

Weiter trafen telegraphische Kundgebungen ein von: Geh. Hofrat Intendant Dr. Baffermann und Gemahlin in Karlsruhe, dem Reichstagsabgeordneten Ernst Baffermann und Dr. Franz Mannheim, Oberbürgermeister Hiesler-Baden-Baden, Oberbürgermeister Dr. Müller-Göppingen-Neckar, dem russischen Vertreter im Haag v. Martens-Petersburg, Prof. Hoffmann-Heidelberg, Ministerialpräsident v. Marischall-Karlsruhe, Oberregierungsrat Dr. Rieger-Berlin, Oberbürgermeister Dr. Winterer-Freiburg, Dr. Gönner-Baden-Baden, Oberbürgermeister Dr. Wilsdorf-Heidelberg, Präsident Nicolai-Karlsruhe, sowie viele Verwandte und Freunde.

Telegraphische Beileidskundgebungen sind bereits in großer Zahl beim Stadtrat eingelaufen. Darunter befinden sich solche von unserem Großherzog, sowie den Ministern v. Bismarck, v. Dufh und v. Marischall. Auch sandte Herr Regierungspräsident v. Neuffer-Speyer ein Beileidstelegramm.

Aus der Residenz.

Karlsruhe, 1. April.

Hofbericht. Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin legab sich gestern vormittag an den Bahnhof zur Begrüßung Ihrer Königlichen Hoheit der Prinzessin von Wales, Höchstweldche 10 Uhr 53 Min. hier durchreiste. Seine Königliche Hoheit der Großherzog hörte im Laufe des Tages die Vorträge des Geheimrats Dr. Freiherrn v. Bado und des Legationsrats Dr. Schb.

Prinz und Prinzessin von Wales sind gestern vormittag 10 Uhr 30 Minuten auf der Durchreise von Darmstadt nach Paris hier eingetroffen. Auf dem Bahnhof war die Großherzogin Sibila mit dem Hofmarschall Frenken, v. Freytag etc. erschienen. Die englischen Herrschaften trafen 10 Uhr 38 Minuten ihre Reise fort.

Bei der Ergänzungswahl in der Verwaltungsrat der Carl-Friedrich-, Leopold- und Sofien-Stiftung wurde durch den Bürgerausschuß an Stelle des verstorbenen Direktors Karl Rheinbold mit Amtsdauer bis zum Dezember 1912 gewählt: Herr Generalmajor a. D. Karl Martini. Die Wahlen liegen vom 1. April an während 8 Tagen im Rathhaus (2. Stock, Zimmer Nr. 78) zu jedermanns Einsicht auf.

Zählung des Kaisers selbst Bezug nehmen, hätte es sich aber nicht bloß darum gehandelt, dem neuen Reichstag die Militärvorlage zu legen, sondern auch das soeben vom alten Reichstag verworfene Sozialisten-Gesetz mit dem Ausweisungsgesetz, sollte wie beantwortet werden. Wie wir wissen, lebte der Kaiser noch der Hoffnung, durch seine beiden Erlasse die Arbeiterfrage für den Staat zu gewinnen und ohne Ausnahme-gesetz auskommen; sollte es nun so gehen, daß er, der noch seiner Aufzucht „noch nichts geleistet hatte, damit anfang, daß er seine Untertanen zufriedener ließe? Wir wiederholten, dieser fürstliche Fall war noch nicht gegeben; er ließ sich vielleicht auch angeht dieses zweiten Konfliktstoffes verhindern; aber man kann es beargwöhnen, daß der Kaiser einen Weg nicht betreten wollte, an dessen Ende er den Straßenkampf und Bürgerkrieg sehen zu sehen glaubte, und man kann urteilen, daß er damit landesväterlich fühlte und handelte — so gewiß als andererseits Bismarcks Gedankengang verständlich ist. — Und der Großherzog gab als seine Ansicht kund (Sohlenlohe am 20. April 1890), daß es sich jetzt darum handle, ob die Dynastie Bismarck oder die Dynastie Hohenzollern regieren solle; der Kaiser dürfe schlechterdings nicht nachgeben; sonst verliert er alle Autorität. — (An dieser Stelle glaubt Egelhaaf abermals gegen Großherzog Friedrich von Baden psichische, von tiefer Ueberzeugung diktierte Warnung vorgehen und derselben feindliche Gesichtspunkte zu Grunde legen zu sollen; auch hier lediglich auf Sohlenlohes Aufzeichnungen gestützt! Dagegen kann nicht scharf genug protestiert werden. Denn was auch immer für sachliche Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Großherzog und Bismarck in einzelnen Fragen sein mochten — die obere Persönlichkeit des heimgegangenen Großherzogs bürgt dafür, daß keine feindlichen, die Bedeutung Bismarcks verkennenden Gedanken ihn gegen den Reichskanzler einnehmen konnten. Wir unersetzlich wissen aus ersten Quellen, daß niemand anders als gerade der Großherzog von Baden es war, der mit dem Gedächtnis seiner ganzen Autorität es zweimal zu versichern wagte, daß der Konflikt zwischen Kanzler und Kaiser nicht schon im Jahre 1889 ausbrach und daß, er damals mit großer Klugheit diese Klust überbrückte, die zwischen dem Ungeheuer der temperamentvollen Jugend des Kaisers und der dieses Ungeheuer immer wieder zurückhaltenden und darum wohl auch als lächerlich empfundenen vorsichtigen Bedachtsamkeit des alten Bismarcks sich aufbaute. Daß dann der Großherzog, als zuletzt ein für das Vaterland erprobtes, sicheres Zusammenwirken der beiden grundverschiedenen Naturen zum tiefen Leidwesen aller national Empfindenden völlig unmöglich wurde, in dieser Uebergangszeit dem kaiserlichen Befehl an die Seite trat, war aus der Natur

Die Einwohnerzahl hiesiger Stadt betrug Ende Februar 126 186, davon entfallen auf Alt-Karlsruhe 118 942, den Stadtteil Beiertheim 2390, Rintheim 2124 und Ruppurr 2730.

Das Tabakrauchen im ganzen Bereich des Großh. Stadtwaldes — Wildparkes und Bannwaldes — ist bis zum 1. Mai d. J. untersagt. Zuwiderhandlungen werden streng bestraft.

Wegen Fortdauer der Seuchengefahr wird das zurzeit bestehende Verbot des Handels mit Geflügel im Umherziehen bis zum 1. Oktober d. J. verlängert.

Im Rheinischen ist gestern ein seltsames Fahrzeug, nämlich eine Motor-Dachahabie, u. z. aus Alexandria eingetroffen und nun hier selbst vor Anker gegangen. Das interessante Schiff hat Nilsand geladen, welcher, wie wir hören, für das Luft- und Sonnenbad in Durlach bestimmt ist. Bekanntlich war der weiche und seine Nilsand schon bei den alten Römern, welche damit ihre Arena und öffentlichen Spielplätze bedeckten, hoch berühmt. Das Schiff hat eine lange und zum Teil gefährliche Reise gemacht. Anfangs Januar von Alexandria aufbrechend, fuhr es zunächst ostwärts an der kleinasiatischen Küste entlang, ging durch die Dardanellen, das Karmananter und den Bosporus, durchkreuzte das Schwarze Meer und gelangte durch die Euxinamündung in die Donau. Dem Laufe der Donau stromaufwärts ausgelegt folgend, wobei Motor und Segel der Dachahabie sich sehr leistungsfähig erwiesen, kam das Schiff durch das Eisener Tor, nach Pest und Wien und erreichte weiterhin in Bayern bei Kelheim endlich die kanalisiertete Altmühl, durch welche es in den Ludwigskanal und in den Main gelangte. Der Main trug das Fahrzeug dann in den Rhein, und diesem aufwärts folgend gelangte das Schiff nach monatelanger Reise endlich an sein Ziel. Wahrscheinlich, viele Länder und mancherlei Völker und Städte sah es! Die Besatzung des Schiffes besteht aus sieben Personen: fünf Passagen, darunter der Kapitän, dann der Schiffsführer und Lotsen El Hambro und der kaufmännische Leiter des Unternehmens Mohammed Ben Hassan. Der Letztere spricht fließend französisch, wie alle gebildeten Orientalen; El Hambro, der einstmals auf dem Namen Wilhelm Schmidt hieß, ist ein geborener Hamburger, jedoch seit vielen Jahren als Schiffer im Orient tätig. Die Passagen, welche durch ihre gebräunte Haut und ihre malerische Tracht auffallen, verstehen außer dem Arabischen einige Broden italienisch. Die Dachahabie wird einige Wochen im hiesigen Hafen verbleiben, um eine Ladung von Indurciartikeln, namentlich Nähmaschinen, Fahrräder und Parfümerien einzunehmen, welche letztere Gegenstände im Orient ja stets ein sehr begehrter Artikel sind. Unsere lokale Industrie wird daher einigen bedeutenden Aufträgen entgegensehen können. Vor allem aber dürfte das seltsame und fremdländische Schiff heute und in den nächsten Tagen das Ziel von zahlreichen Neugierigen werden.

Der Evang. Arbeiterverein veranstaltete am Sonntag den 22. März im Saale des Arbeiterbildungsvereins einen Familienabend, der einen gemüthlichen Verlauf nahm. Nach einem allgemeinen Gebet begrüßte der Vorsitzende Herr Bäuerle die Er erschienenen, Herr Schaller trug ein von ihm selbstverfaßtes Gedicht vor, das das Leben und Wirken Kaiser Wilhelm I. zum Inhalt hatte und von den Anwesenden mit großem Beifall aufgenommen wurde. Nach einer Ansprache von Herrn Stadtbildar Weber, die ebenfalls mit Mühsucht auf den 22. März dem Gedächtnis des vereinigten Heldenkaisers gewidmet war, wechselten musikalische Vorträge und Theateraufführungen in bunter Reihenfolge. Die einzelnen Vorträge, zu deren gutem Gelingen Fräulein Gräfin, die Herren Seeger und Senger ihr Bestes beizutragen, wie auch das Theaterstück „Eugenium“, das munter und frisch gespielt wurde, ernteten jeweils reichen Beifall.

Versammlung der Zentrumspartei.

Karlsruhe, 31. März. Im Café Nevada fand gestern abend eine gutbesuchte Versammlung der Zentrumspartei statt. Herr Abgeordneter Neuhaus sprach über Finanzpolitik. Redner bezeichnete es als einen brutalen Akt des Reichskanzlers, daß dieser die Taten des Zentrums verfehle, die Beziehungen zu jenem durch die Reichstagsauflösung gestörte. Die ungewöhnliche Arbeit des Zentrums habe man eingetaucht in einen arroganten Hochfriesinn. Die Hochmuth der Reichstags habe bisher nicht viel geleistet. Redner wies auf die Notwendigkeit der Schutzölle für Industrie und Landwirtschaft hin und wandte sich gegen direkte Reichssteuern. Denn lieber noch eine Erhöhung der Matrifularbeiträge als die Aufgabe unserer Souveränität in der Steuererhebung. Die Erschließung neuer Steuerquellen wird eine Sorge der Reichsmehrheit sein. Zur Frage der Gehaltsordnung in Baden erklärte Redner, was bisher in der Kommission beschlossen wurde, sei ein erschreckendes mehr als in der Regierungsvorlage vorgezogen ist. Man müsse aber auch auf eine Steuererhöhung gefaßt sein. Die progressive Einkommensteuer für Einkommen von 5000 Mark ab dürfte früher oder später kommen.

Abg. Schöfer ergriff sodann das Wort zu seinem Vortrage über die politische Lage. Er führte aus, daß die Nationalliberalen und Sozialdemokraten am wenigsten Grund hätten, dem Zentrum innere Unwahrscheinlichkeit vorzuwerfen. Das Zentrum habe im Gegensatz zu den Nationalliberalen niemals mit der Revision seiner monarchischen Bestimmung gehandelt, wenn es nicht nach seinen Wünschen ging. Daß jene bei den nächsten Wahlen sich wieder zu den Sozialdemokraten finden werden, daran sei nicht zu zweifeln. Die Sozialdemokratie, die sich als Arbeiterpartei geriere, habe bisher gegen jedes soziale Gesetz gestimmt. Das Zentrum habe sich jederzeit an sein Programm gehalten. Siegreich und

der Dinge wohl zu verstehen. Hier muß uns dagegen daran liegen, zu verhindern, daß sich eine falsche Mär festsetzt, welche durch Kleinlichkeit und Einseitigkeit der Auffassung das von den besten Männern geleitete Streben Großherzogs Friedrich zu einer persönlichen, die Größe Bismarcks nicht würdigenen Rantüne herabdrückt. Und es ist dieser Protest umso notwendiger, als der „Schwab. Merkur“ und andere Blätter gerade diesen Kasus des Egelhaafschen Berles unbeanstandet und im Wortlaut wiedergeben und umso leichter jene Darstellung in der Öffentlichkeit Wurzel fassen könnte.

Oft genug hat im übrigen der Großherzog auch später noch die Größe Bismarcks hervorgehoben, den er selbst später in Friedrichsruh aufsuchte und an dessen 80. Geburtstagfeier er in der Karlsruhe'schen Festhalle persönlich, wie erinnerlich, teilnahm. Damals ergriff er zu dem selbst zu begeisterten Ansprache das Wort und gab auch in der persönlichen Unterhaltung mit dem Schreiber dieser Zeilen seiner tiefen Bewegung herzlichsten Ausdruck. D. Red. d. „Bad. Fr.“.

Doch lassen wir jetzt wieder Dr. Egelhaaf das Wort. Er wies hier noch zu berichten:

Zu jener Zeit fiel des Kaisers Wort auf dem Festmahle des brandenburgischen Provinziallandtags am 5. März: „Ich gedenke noch Prästen mit meinem Pfunde zu wirtschaften; wer mir dabei helfen will, ist mir von Herzen willkommen; wer sich mir aber bei dieser Arbeit entgegenstellt, dem gerühmte ich!“

Die Dinge stellen sich schon am 28. Februar so dar, daß der Kaiser von seiner Ansicht vom 25. völlig zurückgekommen war; er fing an, Bismarck und seinen Vorschlägen gründlich zu misstrauen. Gerade hier griffen nun die Wahlen vom 20. Februar und die Stichwahlen der nächsten Wochen nach meiner Ansicht entscheidend ein: indem sie eine Bismarck entgegengesetzte Mehrheit ergaben, schien es mir möglich ihn zu halten, wenn man dieser Mehrheit tröste. War es aber notwendig, ihr zu trösten? Es gab Ratgeber genug, die dem Kaiser zurufen: diese Mehrheit ist gar nicht so schlimm; man kann ganz wohl mit ihr leben; heute, sagte Bismarcks Nachfolger Caprivi später in Reichsloge mit bewundernswürdiger Revidität, heute ist alles in Deutschland national! Es lohnte sich die Probe auf diese optimistische Ansicht zu machen, meint Egelhaaf mit grimmigem Sarkasmus; das kostete zudem gar nicht viel: man brauchte nur einen Mann über Bord zu werfen, und das Schiff entrannt allen Klippen und feuerte leicht und sicher aufs friedliche Meer hinaus.

Und so ging denn der eine Mann über Bord.

(Schluß folgt.)

neben dem Großherzog aufgepfanzt hatte. Mit 75 Jahren war er derselbe bis in den Tod getreue Bassal, der er mit 47 Jahren gewesen war, und dem deutschen Volk brachte er das feste Vertrauen entgegen, daß es, sobald es einsehe, daß das bestehende Wahlrecht eine schädliche Institution sei, hart und klug genug sein werde, sich davon freizumachen“ (Gedanken und Erinnerungen, II 58). „Das bestehende Wahlrecht“: damit ist noch nicht einmal gesagt, daß er an die Allgemeinheit des Wahlrechts zu halten für nötig hielt; denn an derselben Stelle, die ja nach 1890 entstanden ist, erklärt Bismarck, daß er das allgemeine Wahlrecht noch heute nicht bloß theoretisch, sondern auch praktisch für ein berechtigtes Prinzip halte,“ und er greift nur die (von ihm 1867 ursprünglich nicht vorgezogene und damals aus von Windthorst bekämpfte, schon von Cicero de legibus III 34 schon als unbillig gabelte) Feindschaft der Abstammung an, die mit den besten Eigenschaften des germanischen Volkes in Widerspruch steht und dazu diene, die großen Massen bei ihrer unentwickelten Einsicht von der Rhetorik geschickter und ehrgeiziger Führer einzufangen zu lassen. Ob das allgemeine Wahlrecht auch gleich und direkt sein soll, darauf geht die in Rede stehende Stelle der Gedanken und Erinnerungen nicht ein, und so darf man vielleicht schließen, daß Bismarck dagegen nichts einwandte.

Als Bismarck das Schloß am 25. Februar verließ, hatte er den Eindruck mitgenommen, als ob der Kaiser für das Programm gewonnen sei: Verbleiben Bismarcks im Amte; Durchsetzung der Militärvorlage selbst gegen anfänglichen Widerstand des Parlaments und der Wähler; keinesfalls surrender! Aber bei dieser Stimmung, wenn sie überhaupt vorhanden war, blieb es jedenfalls nicht, und hier griff des Kaisers Schein ein, der Großherzog Friedrich von Baden. In völliger Uebereinstimmung mit dem, was Sohlenlohe in seinen Denkwürdigkeiten erzählt, kann ich berichten, daß der Großherzog über die Aussicht auf einen neuen Militärkonflikt und auf eine am letzten Ende stehende Verfassungsänderung geradezu entsetzt war. Er war überzeugt, daß das nicht ohne die schwersten Verwundungen ablaufen werde; es werde zu einem Aufstand des Volkes kommen; „dann wirst du wie dein Großvater der Kartägenprinz heißen; du wirst im Blute deiner Untertanen waten müssen bis an die Knöchel.“

Man kann es durchaus bezweifeln, daß die Dinge diese tragische Wendung genommen hätten; es war völlig im Bereich der Möglichkeit, ja der Wahrscheinlichkeit, daß die Wahlen die ganze Krisis zu einer günstigen Lösung brachten, aber gewiß freilich war das nicht, und man kann es dem jungen Kaiser wohl nachsagen, daß er bedenklieh wurde. Nach den Denkwürdigkeiten Sohlenlohes, die hier auf sie direkte Er-

adellias siehe die Fahne da, auf der geschrieben steht: „Für Wahrheit, Freiheit und Recht.“

Aus den Nachbarländern.

Strasbourg, 31. März. Ein tragikomischer Zufall bereitete gestern Abend der Vorstellung im Uniontheater ein jähes Ende.

T. Basel, 31. März. In seiner heutigen Sitzung hat der Regierungsrat des Kantons Baselstadt sich mit der Rhein-Schiffahrt beschäftigt.

Bermischtes.

Berlin, 1. April. (Tel.) Beim gestrigen Ringkampf im Palasttheater fielen die beiden Kämpfer Nigler und Chemjalski ins Orchester.

hd Spandau, 31. März. (Tel.) Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern vormittag auf der Hamburger Chaussee hinter Spandau.

hd Breslau, 31. März. (Tel.) Beim Grezzieren der Artillerie auf dem Gaudener Gelände stieß das Rad eines Geschützwagens an einen Chausseestein.

hd Köln, 1. April. (Tel.) Der 30jährige Bergmann Schmid aus Neunkirchen ist verschwunden.

hd Berlin, 1. April. (Tel.) Der 30jährige Bergmann Schmid aus Neunkirchen ist verschwunden.

Telegramme der „Bad. Presse“.

Bern, 31. März. Der Nationalrat stimmte dem Antrag auf Schaffung eines sozial-politischen Amtes zu.

hd Rom, 31. März. Aus Abis Abeba wird gemeldet, daß ein Enkel des Negus Menelik gestern gestorben ist.

hd Brüssel, 31. März. Die Vertreter der an der Zuckerkonvention beteiligten Mächte ratifizierten heute die neue beschlossene Vereinbarung.

London, 31. März. Im Unterhaus brachte der Abgeordnete Divil einen Gesetzentwurf betr. die Gründung neuer Universitäten in Belfast und Dublin ein.

Washington, 1. April. Anstalt machte Vorstellungen wegen der Haltung des amerikanischen Konsuls in Charkow, der sich weigerte, die russische Einsprüche auf eine besondere Jurisdiktion innerhalb der Eisenbahnzone Charkow-Dailar anzuerkennen.

Die Mittelmeerreise des Kaiserpaars.

Rom, 1. April. Bei der Fahrt an der Küste von Bari vorüber ließ der Kaiser die „Hohenzollern“ auf etwa 100 Meter an die Küste heranzufahren.

Brindisi, 1. April. Die „Hohenzollern“ mit dem Begleitschiff die „Hamburg“ passierten gestern Nachmittag 3 Uhr in einer Entfernung von 10 Meilen.

Bismarcks einzige Schwester.

Berlin, 1. April. (Tel.) Frau Malwine v. Arnim-Archlendorff, geb. v. Bismarck ist gestern Abend gestorben.

Der diesjährige Gedenktag Bismarcks bringt uns die Nachricht, daß an seinem Karabend Bismarcks einzige Schwester, Frau Malwine von Arnim, die bekanntlich im vorigen Jahre ihren 80. Geburtstag feierte, dahingegangen ist.

In den Briefen Bismarcks an seine 12 Jahre jüngere Schwester Malwine tritt der Altersunterschied in der ritterlich schühenden Art hervor, in welcher der Bruder zu der Schwester spricht.

Udermarz, getraut wurde. Die Briefe, die Bismarck an seine Schwester Malwine richtete, gehören nicht nur zu den angehenden, die die deutsche Literatur dieser Gattung aufzuweisen hat, — sie sind auch, nach



Frau Malwine von Arnim-Archlendorff, geb. v. Bismarck.

Ihren Inhalte, geschichtliche Dokumente, denn sie führen uns durch alle Phasen des Werdegangs Bismarcks und er spricht sich in ihnen über Menschen und Dinge mit der ihm eigenen Offenheit aus.

Vom Balkan.

Sofia, 31. März. Der russische Reformvorschlag begegnet hier allgemein einer günstigen Aufnahme, wenngleich die leitenden Kreise an der Durchführung desselben einige Zweifel hegen.

London, 31. März. Mit Bezug auf die englischen Vorschläge in Betreff Mazedoniens bemerkt der „Standard“, die Großmächte seien auf diese Vorschläge nicht eingegangen, weil Mazedonien nicht des Risikos wert erachtet werde; es sei nicht nötig, egoistische Motive anzunehmen.

Berlin, 31. März. Die russischen Reformvorschläge sind am Samstag dem Auswärtigen Amt durch den russischen Botschafter übermittelt worden.

Zur marokkanischen Angelegenheit. Casablanca, 31. März. Der hiesige Berichterstatter des „Matin“ meldet seinem Blatt, daß der Gesandte Regnault und General d'Amade und Konjul Walpertun ihren ersten Bericht an die Regierung eingeleitet haben.

Paris, 1. April. General d'Amade meldet, daß er sich in das Gebiet der Medakra begeben habe. Da mehrere Abteilungen der Medakra bei ihrer feindlichen Gesinnung beharrten, kam es zu einem Kampfe.

Paris, 31. März. Die Kreditvorlage für Marokko wurde von den 290 abstimmbaren Deputierten einstimmig angenommen.

Zur Reform- und Revolutionsbewegung in Rußland. Petersburg, 31. März. Auf der Administration des Stabes des Kiewer Militärbezirks ist in den letzten Tagen ein wichtiges Paket mit Geheimpapieren, die dem Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch überhandt werden sollten, gestohlen worden.

hd Zemberg, 31. März. (Tel.) Hiesige Polenblätter melden: In Radow wurden in den letzten Tagen 11 Norddeutschen verhaftet, denen der Gendarmenkapitän Michailow, ein Gendarmen-Wachmeister, 4 Wachmänner und 5 Geheimpolitisten zum Opfer gefallen sind.

hd Helsingfors, 31. März. Sämtliche Mitglieder des Verwaltungs-Departements des Senates beschloffen einstimmig, den Generalgouverneur mitzutheilen, daß sie ihren Mißsicht zu nehmen gedenken.

Wasserstand des Rheins. Aachen, Hafenvegel, 31. März, 2.78 m. 30. März, 2.78 m. Aelt, 1. April, Morgens 6 Uhr 2.10 m.

Vergnügungs- und Vereins-Anzeiger. (Das Nähere bietet man aus dem Inseratenteil zu ersehen.) Mittwoch den 1. April:

Apollontheater, 8 Uhr Varietevorstellung. „Frankene“. Täglich 8 Uhr Konzert der Damenkapelle Bergheimnied. „Friedrichshof“. Heute spielt die ungarische Kapelle im 1. R. Kynologenklub, 9 Uhr: Zusammenkunft in der Gartenlaube.

Sommerproffen. (Mit Obermeyer's Herba-Seife) wrb. n. h. Altes, b. Herk. u. Bienen a. juvert. beid. mit

An die kultivierte Menschheit! Das rege Interesse, welches weite wissenschaftliche Kreise und besonders Ärzte und Chemiker an unseren Erzeugnissen nehmen, das Interesse, welches auch besonders den Professen gilt, die wir gegen eine bekannte Konturenklima zu führen gezwungen sind, veranlaßt uns, hiermit allen Freunden der Wahrheit die Zustimmung zu geben, daß wir nach wie vor festhalten an dem von uns für recht Erkannten, daß wir immermehr nachlassen werden in dem uns aufgedrungenen Kampfe.

Bombastus-Werke, Potschappel-Dresden. Weiss u. rot, im Fass und Liter-Flaschen, empfiehlt in bekannter Güte von 20 Liter ab die Weinhandlung W. Kronenwett, 44-6 Hirschstrasse 64. Telefon 1277.

Aerztliche Anzeige. Ich habe heute meine Tätigkeit wieder aufgenommen. Karlsruhe, den 1. April 1908. Dr. Helbig, Stephaniensstrasse 65.

Verkauf eines grossen Anwesens im ganzen oder geteilt. Ein in better Lage der Kaiser-Allee hier gelegenes, großes Anwesen — bis zur Göttestraße durchgehend — mit 2 neuerbauten Vorderhäusern und mehreren zu Fabrik- und Lagerzwecken geeigneten Hintergebäuden mit großen gewölbten Kellern, sowie größerem Baugelände, wird unter günstigen Bedingungen im ganzen oder geteilt dem Verkauf ausgesetzt.

Konfirmations-Gesangbücher in grösster Auswahl und billigsten Preisen. L. Wohlschlegel, Kaiserstr. 173, zwischen Ritter- u. Herronstr. Name wird gratis aufgedruckt.

Kinderwagen, sehr gut erhalten und wenig gebraucht, zu angemessenem Preis abzugeben. Douglasstr. 24, B. II.

Kinderwagen, (Bring.) u. Gummireifen, ist bill. z. vert. Marienstr. 67, 3. Et. r. B12530

Zu verkaufen: 1 kleiner eis. Füllöfen, 1 größerer eis. Füllöfen, 1 runder Junker & Dusch-Den Nr. 3, 1 Dauerbrandöfen von Hammer & Helbing, 1 weißer Porzellanofen für Holzfeuer, 1 weißer Porzellanofen, rund mit Füllöfen einlag. Sämtliche Öfen sind gut erhalten und werden mit Kohr und Notholz abgegeben. Angul. Donnerstags u. Freitag vorm. 10-12 Uhr. 5149 Hirschstrasse 39.

Einige Kartoffeln sind zu verkaufen. B12157 Kaiserstrasse 133, III.

Spezialhaus für Stoffe, Leipheimer & Mende

69 Kaiserstrasse 169

5⁵⁰ Mk. und Mk. 6⁵⁰ per Meter

Partie Buckskin aus reiner Wolle.

Durch Aufkauf der Restbestände einiger erstklassiger Fabriken sind wir in der Lage, obiges ausserordentlich vorteilhafte Angebot zu machen.

Karlsruhe - Museumssaal.
Samstag den 4. April 1908, abends 8 Uhr,
unter dem Allerhöchsten Protektorat
I. K. H. der Grossherzogin Luise:

Wohltätigkeits-Konzert

zugunsten des Bad. Frauenvereins
von Professor Florian Zajic,
Grossherzoglich Badischer Kammermusiker, und dem
Klaviersvirtuosen Moritz Mayer-Mahr, Berlin.

Programm.

1. Zweite grosse Sonate für Violine und Klavier in A-dur, op. 78 . . . J. Raff.
2. Ciaconna für Violine solo . . . J. S. Bach.
3. Papillons für Klavier, op. 2 . . . R. Schumann.
4. Kreuzer-Sonate, op. 47 für Violine und Klavier . . . L. v. Beethoven.

Konzertstück Beethoven aus dem Lager des Herrn Hoflieferanten L. Schweisgut.

Ende halb 10 Uhr.

Eintrittskarten: Saal nummeriert Mk. 4.-, Mk. 3.-, offen Mk. 2.-, Galerie nummeriert Mk. 2.-, offen Mk. 1.-, sind in der

Hofmusikalienhandlung Fr. Doert,
Kaiserstr. 159, Eingang Ritterstrasse, Telefon 2903,
und an der Abendkasse zu haben. 4799.2

Kernseife

garant. 62 Proz. Fettgehalt

In. weiße 2 St. 25

In. gelbe 2 St. 24

Pfannkuchseife

nur mit Firmenpressung,
weiße, garantiert voll-
wichtig geschmitten,

Pfund 28

la Schmierseife

gelbe Pfund 17

weiße Pfund 20

Reis-Stärke

Pfund 30

Bleichjoda

Paket 8

Büchseine

Stück 15

3.2 empfohlen 4930

Pfannkuch & Co.

G. m. b. H.

Verkaufsstellen:

- 34a Berberstrasse 34a (am Berberplatz)
- 28 Karlsruferstr. 28 (am Ludwigplatz)
- 8 Karl-Friedrichstr. 8 (am Marktplatz)
- 35 Göthe- und Adnerstrasse
- 22 Georg-Friedrichstr. 22 (Ecke Ludwig-Wilhelmstr., Oststadt)
- 44 Balbhornstr. 44 (Weststadt)
- Mühlburg, Rheinstr. 22.
- Durlach, Hauptstrasse.
- Hastatt, Rapellenstrasse 18.
- 26 eigene Verkaufsstellen.



Haarwuchsmittel
Neu! **Creator** Neu!
Das von mir erfundene Haarwuchsmittel „Creator“ nimmt unstrittbar den ersten Rang aller bis jetzt im Gebrauch befindlichen Haarwuchsmittel ein; „Creator“ ist nicht nur ein Mittel gegen Haarausfall und zum Entfernen der Schuppen. „Creator“ ist auch der gewaltigste Haarerzeuger der Gegenwart. Beim regelmässigen Gebrauch wird ein üppiges, schönes und langes Haar erzielt, und zwar wird der schönste Erfolg schon mit dem Verbrauch einer einzigen Flasche dieses Haarwuchsmittels erreicht.
M. MEHL, Mülhausen i. F.
Nur zu beziehen in Karlsruhe und Umgebung bei
Wilh. Schmidt, Kaiserstr. 34, Flasche Mk. 3.-

Diwans

und alle anderen Arten Polstermöbel, nur von mir selbst angefertigt, in großer Auswahl werden zu äusserst billigen Preisen abgegeben bei
Ludw. Seiter, Waldstr. 7.



Eine Partie zurückgesetzte Krawatten, billigst bei
5416.8.1
Ludwig Oehl Nachf.,
Karlsruhe, Kaiserstrasse 112.

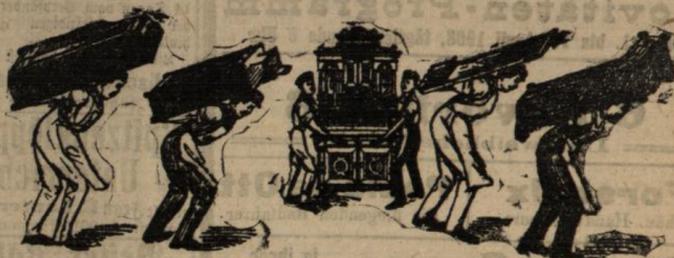
Welcher Kapitalist

würde 1200 Mk. auf Wechsel oder Schuldschein gegen dreifache Sicherheit geben? Offert. mit Nr. B12542 an die Exped. der „Bad. Presse“ erb.

Gelegenheitskauf.

Goldene Uhrkette, Kramband (14 Karat), Silberne Remontuhr, Uhr, Oberglas (Eisenbein) billig zu verkaufen.
B12552.8.1
Kronenstrasse 48, 2. St.

Wirklich guten, sehr preiswerten Mittag- und Abendtisch erhalten bessere Herren.
289*
Lehringstrasse 74, 3. St.



Zum Umzuge

liefert das

5425

Kredithaus Ittmann

Karlsruhe, Lammstrasse 6

Möbel, Betten, Polsterwaren

in jeder Holz- und Stuhlart.

Vollständige Wohnungseinrichtungen

auf sehr bequeme Teilzahlung

eventl. ohne Anzahlung.

Wilh. Devin

203 Kaiserstrasse 203, neben Automaten-Restaurant. 4170.8.3

Neue grosse Auswahl in

Gold- und Silberwaren:

Uhrketten, Ringe, Armbänder, Broschen, Ohringe, Medaillons, Manschettenknöpfe, moderne Colliers.

Billigste Preise.

Rabattmarken.

Dampfwaschanstalt „Frauenlob“

wäscht und bügelt am schönsten.

Repräsentant für Karlsruhe i. B.: 2773.5.4

Ludwig Scharf, Berberstrasse Nr. 11, part.

Frische Spargel, Frische Bohnen

empfiehlt B12574

A. Buhlinger Ww.,
Kreuzstrasse 22, Telefon 1123.

Vorhänge

aroke abgepackte, sowie neue Gartenklappstühle werden solange Vorrat billigst abgegeben im Auctionslokal von S. Hirschmann, Zähringerstrasse 29. 4939

Bach-Verein Karlsruhe.
 Unter dem Protektorat Sr. Grossherzoglichen
 Hoheit des Prinzen Maximilian von Baden.

Mittwoch den 8. April 1908, abends 7 Uhr,
 in der evangel. Stadtkirche
ZEHNTES KONZERT
Passionsmusik
 nach dem Evangelisten Matthäus von Joh. Seb. Bach.

Ausführende: Max Pauli, Köln (Evangelist), Adolf Müller,
 Frankfurt (Christus), Emma Rückbeil-Hiller, Stuttgart, Rosa
 Ethofer, Karlsruhe, Otto Wessbecher, Etlingen, Hildegard
 Schuhmacher, Karlsruhe, Franz Gärtner, Karlsruhe, und
 Vereinsmitglieder, Der Chor d. Bachvereins, eingeladene Damen
 u. Herren, ein Knabenchor von Schülern des Gymnasiums,
 Mitglieder des Hoforchesters, Orgel: Theodor Barner.
 Dirigent: Hofkirchenmusikdirektor Max Brauer.

Eintritt der Vereinsmitglieder gegen Vorzeigen der Mit-
 glieds- und Beikarten. Wegen Erlangung numerierter Plätze
 wird auf Schreiben des Vorstandes vom 15. Januar 1907
 verwiesen. Eintrittspreise für Nichtmitglieder: numerierte
 Plätze 3.50 Mk., 2.50 Mk. und 2.— Mk., nichtnumerierte
 Plätze 2.50 Mk., 1.50 Mk. und 1.— Mk. Näheres ist aus
 den Plakaten auf den Anschlagtafeln zu entnehmen.

Hauptprobe (nur für Vereins- Mitglieder) Montag den 6. April,
 abends 7 Uhr.

Verein ehemaliger bad. Prinz-Karl- Dragoner Karlsruhe.

Mittwoch abend 8 1/2 Uhr:
Zusammenkunft
 im Vereinslokal „Zur Nacht am Rhein“, Ede Ritter- u. Gartenstraße.
 Der Vorstand.

Lehrer
 Jeden Mittwoch abend von 8 Uhr an
Übungs-Abend
 im Nebenzimmer des Gasthauses „Zur Rose“ am Kaiserplatz. An-
 schließend Vereinsabend.
 Während des Unterrichts kein Wirt-
 schaftsbetrieb im Unterrichtslokal.
 10118 Der Vorstand.

Mandoline-Klub Karlsruhe.
 (Lokal Palmengarten, Herrenstraße).
 Heute Mittwoch abend 7 1/2 Uhr:
Probe.
 Der Vorstand.

Geschäfts-Eröffnung u. Empfehlung.

Einer geschätzten Einwohnerschaft von Karlsruhe und Umgebung die
 ergebenste Mitteilung, dass ich bis **Samstag den 4. April** im Hause
Gerwigstrasse Nr. 37
 (nahe der Parfümerie-Fabrik) ein
Schuhwaren-Spezial-Haus

errichten werde. Durch stetes Unterhalten eines äusserst reichhaltig sortierten
 Lagers, vom einfachsten Arbeiterschuh bis zum feinsten Modestiefel, in bester
 Ausführung (mit garantiert Leder-Kappen, Leder-Brandsohlen und rein Leder-
 Absätzen) bin ich in der angenehmen Lage, allen Wünschen, selbst dem ver-
 wöhntesten Geschmack, jederzeit Rechnung zu tragen. Ferner ist es mir
 durch äusserst günstige Bezugsverbindungen mit nur erstklassigen Fabriken,
 sowie durch grösstenteils **Selbstfabrikation** meiner Ware ermöglicht, **nur**
gute Ware billig zu verkaufen. B12517,8.1

Ein einmaliger Versuch führt zur dauernden Kundschaft.
 Bei etwaigem Bedarf einem geeigneten Zuspruch entgegengehend, zeichnet
 Hochachtungsvoll
Karl Hublitz.

Direktion: **Colosseum** Telephon 1938.
 J. Ralmond.

Spielplan für das vorletzte Eliteprogramm d. Saison
 vom 1. bis inkl. II. April 1908.

Charles Fox, Original-Hand- und Fuss-Maler,
 Wally Wardini, Soubrette,
Jean Mathes
 Humorist in seinem originellen Repertoire,
 Alte Weibermühleakt, ausgeführt von The Champetins,
 Leopold u. Falconi, humorist. Gesangsduett,
Die weltberühmte Lupp-Troupe
 in ihrem wunderbaren Luft-Reck-Akt.
 C. H. Francis, Kraft-Balance-Akt, assistiert von Miss Hanney.
Oliveira-Trio, Virtuosen auf jedem Instrument,
 The Royal Bio Tableau, lebende Riesenphotographien in
 höchster Vollendung. 5098

Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.
 Samstag den 4. April 1908 Vorstellung.

Seicht erlernbar, baldige praktische
 Verwertung gesichert.
Neuer Kursus:
 Mittwoch abend 8 1/2 Uhr
 im Vereinslokal zur „Goldenen
 Gasse“, B12300 8.3
 Nationalkino-Verband.

I. Karlsruher Kynologenklub
 unter dem Protektorat J. S. S. der Groß-
 herzogin Luise von Baden.
 Heute abend
 9 Uhr
Zusammenkunft
 in der
 Gartenlaube,
 Luisenstraße.
 Der Vorstand.

Mittwoch u. Sonnabend vormittag
 von Tennisplatz Nr. 2 im Stadtgarten, zu
 vergeben. Näh. Vorholstr. 21, pt.

**Wer liefert
 statische Berechnungen
 f. Eisenbetonarbeiten?**
 Gest. Offerten unter Nr. B12411
 an die Expedition der „Badischen
 Presse“ erbeten. 2.2

Bekanntmachung.
 Heute Mittwoch und folgende Tage,
 vormittags 9 Uhr und nachmittags 2 Uhr beginnend,
 wird im Auftrag im Versteigerungslokal B12601
Herrenstrasse 16
 ein feines Zuschlager; darunter die hochmodernen Anzug-
 und Kostümtstoffe, zu Versteigerungspreisen gänzlich ausverkauft.
 Liebhaber ladet höflich ein! Jedermann wird staunen!
Josef Hischmann jr., Auktionator, Karlsruhe.

Apollo-Theater
 Karlsruhe.
 Direktion: Carl Diermeyer.

Novitäten-Programm
 vom 1. bis 11. April 1908, täglich abends 8 Uhr

u. a.: 5063,2.2

6 Favorites 6
 Das weibliche Militär

Forstellx Paula de Ott
 phän. Handvoltageure Die fliegenden Radfahrer

Marie u. Scome in ihrer komisch. Scene
 Oase in der Wüste

und die weiteren 8 Attraktionen.

Alles Näheres siehe Anschlagplakate.

Pfänder-Versteigerung.
 Donnerstag den 2. April,
 nachmittags 2 Uhr, werden im
 Auktionslokal Jähringerstr. 29
 im Auftrag des Pfandleihers Herrn
 H. Schmid die über 6 Monate
 verfallenen Pfänder, Buch 32 von
 Nr. 44.0 bis 5700 als:
 Herren- u. Frauenkleider, Weis-
 zung, goldene u. silberne Uhren,
 goldene Ringe
 gegen bar öffentlich versteigert.
 Der Ueberlasser des Erlöses nach
 Abzug der Pfandschuld und der
 Kosten wird, wenn nicht innerhalb
 14 Tagen vom Verpfänder abgeholt,
 bei der zuständigen Finanzstelle
 hinterlegt. 5084
 Diebstahl wird höflichst ein-
 gemeldet.

S. Hischmann, Auktionsgeschäft,
 Jähringerstr. 29. B12525

Schülern
 erteilt energischen Nachhilfeunter-
 richt, auch über die Ferien, cand.
 math. Offert. unt. Nr. B12580 an
 die Exped. der „Bad. Presse“ erb. 2.1

Auf gutes Objekt, II. Hypothek
Mk. 12000.—,
 welche Todesfallbes. wegen gefälligst
 wurde, auf 1. Juli 1908 ankaufnehmen
 gesucht. Off. unt. Nr. B12287 an
 die Exped. der „Bad. Presse“. 2.1

Fahrnis-Versteigerung.
 Donnerstag den 2. April, nachmittags 2 Uhr,
 werden im Auftrag im Auktionslokal, Herrenstraße 16,
 öffentlich gegen bar versteigert:
 2 Schiffforniere, 2 eintürige Schränke, 1 Vertiko, 1 Wasch-
 kommode mit Marmor, Nachttische, 3 Bettstellen mit Matras, Matras,
 Bolster, 1 halbfrauz, Bettstelle mit Kissen, Federbetten, 2 Diwans,
 1 Ottomane, 1 Kanapee, 4 vieredrige Tische, Stühle, Bilder,
 1 Regulatore, 1 Kinderliegewagen, 1 Kaffeemaschine, 1 Tafelkloster,
 Spiegel, 3 eiserne Bettstellen, 1 großer Koffer, 3 Kronleuchter,
 Gasarme und Gas, verschied. Herrenkleider, 1 Küchenstrahl,
 Küchenschiff, Schäfte, 1 Gasherd mit Tisch, 1 Herd mit Kupfer-
 schiff (bereits neu) und sonst noch vieles,
 wozu Liebhaber freunb. einladet B12602

Josef Hischmann jr., Auktionator.
 Herrenstraße 16. — Telephon 1916.

Restaurant „Frankeneck“.
 Heute Mittwoch abend 8 Uhr:
 Erstmaliges Auftreten der Damenkapelle
„Vergissmeinnicht“.
 8 Damen. 8 Damen.
 Nebenamt mit grossem Erfolg gastiert.

Täglich abends 8 Uhr:
Konzert der Damenkapelle „Vergissmeinnicht“.
 5145 B. Minoprio.

Spitzenklöppeln-Unterricht
 3.1 B 12592
 erteilt Frau E. Lautermilch,
 Kaiserstr. 201 (Eingang Waldstr.).

Bester Zahler
 abgelegter Herren- u. Damenkleider,
 Schuhe, Möbel u. Postkarte genügt.
 Komme ins Haus. B12516,3.1
J. Brauner, Marktgrabenstr. 14.

Kompl. Aussteuer,
 besteh. aus 2 engl. Bettladen,
 2 Patentstühlen, 2 Polstern, 2
 best. Matrasen, 1 Nachttischchen
 mit Marmorplatte, 1 Wasch-
 kommode mit Marmorplatte u.
 engl. Toilet Spiegel, 1 Hand-
 tücherhänder, 2 Stühle, 1 Ghil-
 sonnier mit Aufschlafkissen, 1
 glänzigen Vertiko mit Spiegel,
 1 best. Diwan, 1 Auszugstisch, 4
 best. Stühle, 1 Küchenstrahl,
 1 Küchenschiff, 1 Küchenbrett, 2
 Postern, zu dem billigen Preis
 v. Mk. 515 zu verkaufen. Mit
 2 Deckbetten, 4 Kissen Mk. 80
 höher. Nach Uebernahme Zeh-
 lung gestattet. B12234
Waldstraße 22, Laden.

Speise-Zimmer-Einrichtung
 bestehend aus hochmodernem Buffet,
 Credenz, Auszugstisch, 6 Stühle, f.
 Diwan, Panelbrett, Spiegel, Näh-
 tisch, Teppich, Gaszuleitung, zu ver-
 kaufen. Sophienstr. 13, part.
 NB. Günstiger Gelegenheitskauf bei
 für Brautleute. B12525

Sofort verkauft
 wird eine noch neue Einrichtung von 3
 Zimmern, darunter 2 hochhaupte
 Betten mit Hochmattmatrasen, 2 engl.
 Betten, Spiegelstrahl, Schiffforniere,
 Vertiko, Schreibtisch, Diwan, versch.
 Tische u. Stühle, Waschkommode u.
 Nachttisch mit Marmor, Küchen-
 strahl; auch einzeln. B12337,2.2
Seubertstr. 2, nächst Schlachthof.

Haus für Gelegenheitsläufe
 Kaiserstr. 79 **Schoch** Kaiserstr. 79.
 offeriere ca. 70 Dtzd.
Manschettenknöpfe
 in allen Ausführungen, nur bessere Sachen,
 per Paar nach Wahl 50 Pfg.
 Wert jedes einzelnen Paares bis Mk. 3.50.
 Großer Posten

Herren-Haar-Filzhüte
 weich und fest, nur moderne Fassons
 Stück Mk. 4.75, Wert Mk. 6.50.
 Großer Posten

Wildleder-Herren-Handschuhe
 Paar Mk. 2.75, Wert bis Mk. 4.50.
 Großer Posten 5094,2.1

Glättolin
 glättet ranhen Kragen-Rand
 nur 35 Pfg.

Von tüchtigem energ. Kaufmann wird gutgehendes
Manufakturwaren-Geschäft
 zu mieten oder zu kaufen gesucht.
 Gest. Offerten unter B12512 an die Exped. der „Bad.
 Presse“ erbeten.

Ziegenfelle
 werden zu den höchsten Tagespreisen
 angekauft. 5121,4.1 Kaiserstr. 79, 3. Et.

Kinderwagen
 (Prinzeform) fast neu und ein gut-
 erhalt. Herd ist billig zu verkaufen.
 B12561 Seiforstr. 17, Etb.

I. Hypothek
3-4000 Mark
 gesucht nach auswärts. Schätzung
 8000 Mk. Zins bis zu 5%. Gest.
 Angebote unter Nr. 5091 an die
 Exped. der „Bad. Presse“ erb. 2.1

Bade-Wannen
 Gusehnen, innen weiss email., wegen
 geringerer Fehler zurückgestellt, äußerst
 preiswert abzugeben. 5133,4.1
 Zu erfragen Wilhelmstraße 57.

Groß. Hoftheater Karlsruhe.
 Mittwoch den 1. April 1908.
 51. Abonnement-Vorstellung der
 Abt. B (gelbe Abonnementkarten).
Cavalleria rusticana
 (Sizilianische Bauernoper.)
 Melodrama in ein u. Akte, nach dem
 gleichnamigen Volksstücke des G. Verga
 von Targioni-Tozzetti und G. Ven-
 nacci. Musik von Pietro Mascagni.
 Musikalische Leitung: Alfred Lorenz.
 Szenische Leitung: Mathias Schön.

Personen:
 Santuzza Anni u. Helene
 Lola Gisella Terch.
 Turiddu Hans Busard.
 Alfo Wagn. Hiltner.
 Lucia Christine Friedlein.
 Eine Bäuerin Frieda Meyer.
 Landvolk.

Die Puppenfee.
 Pantomimisches Ballet-Divertissement
 von J. Habreiter und F. Gaul. Musik
 von Joseph Bayer.
 Einstudiert von Paula Allegri-Banz
 Musikalische Leitung: Gg. Hofmann.
 Anfang 7 Uhr. Ende geg. 10 Uhr.
 Kaffe-Eröffnung: 7 Uhr.
 Mittels-Preise.

Färberei Printz
 65 Fäden — 500 Anstellst.
 Annahmestellen überall. 1080

Schnauzer entlaufen
 (männlich), Pfeffer u. Salz, auf den
 Namen „Musi“ hörend, gestern abend
 in Seiertheim. Gegen Belohnung
 abzugeben Gäckelstr. 10. B12564

Zur Kommunion.
 Ein bereits neues, weißes Kleid
 ist billig zu verkaufen. B12564
 Kraitenstraße 5, I.

**Wegen Wegzug
 billig zu verkaufen:**
 2 gebrauchte Betten, 1 ff. hölz. Wasch-
 tisch, 1 Eisebadewanne, 1 großer
 Kellerschiff. Anzusehen vormittags
 oder mittags nach 6 Uhr. B12805
Gerwigstraße 53, IV.

Viktorlawagen billig zu
 verkaufen
 B12806
Railstraße, 14 b

Die Voranschlagsberatungen im Karlsruher Bürgerausschuß.

Sitzung vom Montag den 30. März 1908.

Seute nachmittags trat der Bürgerausschuß Karlsruhe in die Beratung des diesjährigen Gemeindevoranschlags ein.

Inwieweit 99 Mitglieder. Oberbürgermeister Siegrist eröffnet um 1/4 Uhr die Sitzung und führt zur Begründung des Voranschlags für 1908 folgendes aus: Der Voranschlag für 1908, zu dem der Stadtrat Ihre Zustimmung sich erbittet, schließt ab mit einer Umlage von 82 % auf das Vermögen und Betriebsvermögen, von 10 % auf das Kapitalvermögen und von 1 % 92 % auf die Einkommensteuervorschläge.

Die Darstellung der umlagepflichtigen Steuerkapitalien und die Berechnung der Umlage, die auf Seite 159/60 des Voranschlags enthalten sind, hat in den letzten Tagen eine nachträgliche Aenderung erfahren, da uns vom Steuerkommissar erst jetzt die endgültige Darstellung der Steuerkapitalien zugegangen ist und diese von der provisorischen Darstellung, die dem Voranschlag zu Grunde liegt, abweicht. Es sind Ihnen die danach verbesserte Darstellung und Berechnung, die nunmehr dem Antrag des Stadtrats zu Grunde liegen, zugegangen. Die endgültige Darstellung hat eine kleine Verminderung des Vermögens und des Kapitalvermögens, dagegen eine Erhöhung des Betriebsvermögens und der Einkommensteuervorschläge, gebracht, die im Wesentlichen auf der Heranziehung der Ausmärker zur Einkommensteuer nach §§ 80 und 90 der Städteordnung beruhen. Dadurch erhöht sich der Ertrag der Umlage um 18 847 M, um welchen Betrag die Rücklage in den Erneuerungsfonds, die um 131 000 M zu niedrig war, erhöht werden soll, so daß die Verzinsung dieser Rücklage sich auf 113 000 M ermäßigt.

Sodann habe ich den Herren wieder eine kurze Erläuterung des Voranschlags und seiner hauptsächlichsten Positionen gegeben lassen, die auch eine Uebersicht der Entwicklung der hauptsächlichsten Einnahme- und Ausgabe-Positionen, des Vermögens- und Schuldenstandes und der Steuerkapitalien in den letzten 10 Jahren gibt.

Auf diese Darstellung darf ich wohl verweisen; ich kann mich dabei mit meinen einleitenden Bemerkungen kurz fassen.

Zunächst möchte ich darauf hinweisen, daß der diesjährige Voranschlag nach den bisherigen Grunddaten aufgestellt ist: Er ist vor allem so berechnet, daß der Wirtschaftsumschuß auf der vorjährigen Höhe erhalten bleibt, damit das Jahr 1908 nicht durch das Ergebnis des Jahres 1907 ungünstig beeinflusst wird. Da der Wirtschaftsumschuß in der Hauptsache auf Ueberschüssen in den Erträgen der wirtschaftlichen Unternehmungen beruht, sind diese so vorzüglich berücksichtigt, daß die Spannung zwischen Voranschlag und Rechnungsergebnis wieder erwartet werden kann, welche sich im Jahre 1907 ergeben hat.

Ferner sind den laufenden Einnahmen am Schlusse die gesamten Ueberschüsse aus dem Vorjahre als Deckungsmittel beigegeben; es ist also wiederum nichts davon zur Bildung von Reserven oder auch nur zur Ergänzung der Rücklage in den Erneuerungsfonds auf die richtige Höhe verwendet. Es sind ferner auch diesmal nur keine Mittel zur Verteilung solcher außerordentlicher Ausgaben eingestellt, die bisher aus Anlehensmitteln bestritten wurden.

Wenn sich gleichwohl eine so bedeutende Erhöhung des ungedeckten Aufwandes und damit naturgemäß eine erhöhte Anspruchsnahme der Umlagezahler ergeben hat, so ist in meinen Vorbemerkungen der Grund dieser auffallenden Steigerung angeführt. Er ist ein anderer als der Grund der vorjährigen Umlageerhöhung: Im vorigen Jahre hatte im Wesentlichen der ungünstige Abschluß des Vorjahres (1906) d. h. der Rückgang der Deckungsmittel um 461 000 M die Erhöhung der Umlage notwendig gemacht. In diesem Jahre dagegen ist die Steigerung des ungedeckten Aufwandes zurückzuführen auf die außerordentlich starke Erhöhung der Ausgaben des Jahres 1908 einerseits und das verhältnismäßig geringe Anwachsen der Einnahme — 19,62% gegen 8,2% — und die damit begründete Steigerung des ungedeckten Aufwandes um 44 55%.

Die Ausgabensteigerung tritt am stärksten in folgenden Posten zu Tage:

Table with 2 columns: Item and Amount. Items include: Städtisches Krankenhaus (252 000 M), Verzinsung und Tilgung (249 000 M), Außerordentliche Aufbesserung der Beamten, Lehrer und Arbeiter (211 000 M), Sonstiger Schulaufwand (132 000 M), Straßenzonung, Unterhaltung u. Reichhaltigkeit (77 000 M). Total: Diese Positionen erfordern allein 921 000 M.

Diese Positionen erfordern allein 921 000 M mehr als im Jahre 1907.

Damit wäre rechnerisch schon eine Steigerung der Umlage von 23 % auf 32 % erfolgt und man könnte sich dabei vielleicht beruhigen, wenn man die Ueberzeugung haben könnte, daß wir es nur mit einer einmaligen ungewöhnlichen Erscheinung zu tun haben. Meines Erachtens liegt es aber nicht so; ich fürchte vielmehr, daß hier eine andauernde Erscheinung zu Tage tritt, nämlich die Erscheinung der steigenden Divergenz zwischen der Bewegung der Einnahmen und Ausgaben. Diese Erscheinung ist aber erst gering, um den Versuch einer Aufklärung der ihr zu Grunde liegenden Ursachen zu rechtfertigen, inwiefern, als allein auf diesem Wege auch die Mittel gefunden werden können, um der Fortdauer dieser für die finanzielle Lage der Stadt nicht unbedenklichen Erscheinung entgegenzuwirken.

Man könnte zunächst daran denken, die Ursache des unerfreulichen Aufwachsen der Ausgaben zu suchen, die Ursache des unerfreulichen Aufwachsen der Ausgaben zu suchen, die Ursache des unerfreulichen Aufwachsen der Ausgaben zu suchen.

Die Stadtgemeinde hat sich meines Erachtens in keine gewagten, unangenehmen oder unvortheilhaften Unternehmungen gestürzt, sie hat auch ihre Unternehmungen, insbesondere ihre Bauten, nicht mit unnützem Luxus ausgeführt, sondern sich in den Grenzen des durch die Zweckmäßigkeit und Solidität Gebotenen gehalten. Endlich ist die Verwaltung im allgemeinen ernstlich bestrebt, überall die möglichste Sparsamkeit walten zu lassen.

Die Ursache der von mir beklagten Erscheinung liegen vielmehr teils in den eminent gesteigerten Ansprüchen an die Stadtgemeinde, teils in den Verhältnissen des allgemeinen Wirtschaftslebens, teils aber auch in der von der Stadtverwaltung bisher verfolgten Finanz- und Wirtschaftspolitik. Die charakteristische Erscheinung des allgemeinen Wirtschaftslebens, die Teuerung der wichtigsten Lebens- und sonstigen Verbrauchsbedürfnisse, insbesondere auch der Kohlen und des Geldes, und im Zusammenhang damit die Steigerung der Beamten-, Lehrer- und Arbeitergehälter und Löhne muß sich natürlich in der städtischen Wirtschaft außerordentlich schmerzbar machen. Allein für Kohlen wendet die Stadt im laufenden Jahre 1 140 883 M auf. Sie braucht über 54 000 Tonnen; jede Mark Aufschlag auf die Tonne kostet sie somit 54 000 M mehr. Für die Beamten und Arbeiter beträgt der Aufwand infolge von außerordentlichen Aufbesserungen wegen der Teuerung etwa 300 000 M mehr als 1906.

Auf der anderen Seite zwingt die Teuerung die Bevölkerung zur Einschränkung ihrer Ausgaben, was sich bei den Einnahmen der Straßenzonung, des Stadtgartens, der Verbrauchssteuerkasse usw. deutlich fühlbar macht. Besonders bedauerlich ist, daß diese die städtische Bevölkerung schwer schädigende Teuerung zum Teil künstlich durch Maßnahmen der Gesetzgebung und Verwaltung (Zolltarif, Erhöhung der Vieh- und Fleischpreise) begünstigt, zum Teil wie bei der Kohlenteuerung, doch nicht in entscheidender Weise von den Regierungen bekämpft wird. Die Stadtverwaltung hat leider keine Machtmittel in der Hand, um diesen Zuständen wirksam zu steuern.

Aber auch die von der Stadt in den letzten vier Jahrzehnten verfolgte Finanz- und Wirtschaftspolitik hat meines Erachtens manches zu der immer fühlbarer werdenden stärkeren Belastung der Umlagezahler beigetragen.

Vor allem rächt es sich jetzt, daß man in den sechziger und achtziger Jahren, nachdem das rasche Anwachsen der Stadt eingestakt hatte, es unterließ, der Gemeinde rechtzeitig den nötigen Grundbesitz zu sichern. Seitdem wurde manches nachgeholt, aber mit um so schwereren Opfern, und solche wird die Stadtgemeinde in dieser Beziehung auch fernerhin auf sich nehmen müssen, wenn sie die früheren Verjämmernisse nicht noch vergrößern will.

Die Wirtschaft- und Finanzpolitik der Stadtverwaltung war meines Erachtens in zu starkem Maße von dem Bestreben beeinflusst, die Umlage niedrig zu halten. Zu diesem Zweck wurden möglichst viele außerordentlichen Ausgaben auf Anleihen genommen, wurden fast keinerlei Reserven angeammelt, sondern regelmäßig alle in einem Jahre erwirtschafteten Ueberschüsse als Deckungsmittel des folgenden Jahres verwendet und wurden größere Ausgaben wie die der Straßenpflasterung Jahre lang verschoben, bis sie schließlich so angewachsen sind, daß auch sie aus Anlehensmitteln nachgeholt werden müssen. Im Jahre 1888 wurde sogar die außerordentlich günstige Lage des Geldmarktes, die eine Konversion sämtlicher Anleihen auf 3 Proz. ermöglichte, dazu benutzt, die Tilgungsdauer aller damaligen Anleihen bis zum Jahre 1926 zu verlängern. Diese Politik läßt sich aber nur solange rechtfertigen, als man die Ueberzeugung haben kann, daß die damit bewirkte starke Belastung der Zukunft durch eine entsprechende Zunahme der Einnahmen der Gemeinde einerseits und eine entsprechende Abnahme der außerordentlichen Aufwendungen andererseits ausgeglichen wird. Die Erfahrung lehrt aber, daß diese Ueberzeugung für die weitere Zukunft sich nicht mehr begründen läßt, daß vielmehr die Ausgaben, die bisher aus Anlehensmitteln bestritten wurden, fortgesetzt anwachsen und daß die Gesamtausgaben trotz der starken Anspruchsnahme von Anlehensmitteln rascher und stärker wachsen als die Wirtschaftseinnahmen und rascher und stärker als die Steuerkapitalien.

Die gesamten Wirtschaftsausgaben sind von 1898 bis 1908 gestiegen um 142 Proz., die Ausgaben für den Schuldendienst in der gleichen Zeit um 126 Proz., die laufenden Einnahmen dagegen nur um 114 Proz., und die Steuerkapitalien wenn man deren Erhöhung durch die Vermögenssteuergesetzgebung außer Betracht läßt, nur um 55 Proz. Aus dieser Erscheinung, welche wohl auch in Zukunft andauern wird, ergibt sich meines Erachtens gebieterisch die Notwendigkeit, einerseits ernstlich auf eine Stärkung der nicht aus Umlagen fließenden Einnahmen bedacht zu sein, andererseits die Abwälzung der Lasten auf die Zukunft möglichst einzuschränken. Bedenkt man, daß erstmals im Jahre 1926 eine Anlehensannuität wegfällt (463 000 M), daß aber jetzt schon jährlich 2 164 646 M für den Schuldendienst aufzubringen sind, (wobei die Tilgungsquote des 1907er 5 Millionen-Anlehens mit circa 50 000 M und die außerordentlichen Rücklagen nach VI des Vorberichts noch nicht inbegriffen sind) und daß jede weitere Million Anleihen die Wirtschaft auf 40 Jahre mit weiteren 50 000 M jährlich belastet, so bedarf es wohl weiterer Auseinandersetzungen zur Begründung dieser Notwendigkeit nicht.

Ueber Maßnahmen zur Steigerung der städtischen Einnahmen kann ich nun heute keine bestimmten Vorschläge machen. Ich darf aber auch heute nicht unerwähnt lassen, daß wir dem Jahre 19010, in dem wir mit dem Wegfall des größten Teils unserer Verbrauchssteuereinnahmen zu rechnen haben, schon bedenklich nahe gerückt sind, und daß bis heute ein Ersatz dafür nicht geschaffen ist. In Aussicht gestellt ist die Vermögenssteuer, die durch die staatliche Gesetzgebung als Gemeindesteuer eingeführt werden soll. Meines Erachtens müssen wir darauf dringen, daß diese Steuerquelle den Gemeinden erschlossen wird. Denn ausgenutzt wird sie wie in den anderen Bundesstaaten auch bei uns in jedem Falle. Es wäre aber sehr zu beklagen, wenn sie etwa infolge der Gegenagitation gewisser Kreise der Staatskasse zugeführt würde, statt wie bisher überall sonst und mit vollem Recht den Gemeinden.

Nicht vernachlässigt ist mir, warum die Organisation der Hausbesitzer gegen diese Steuer fruchtlos. Denn der solide Hausbesitzer wird von ihr nicht betroffen. Vielmehr muß es ihm doch recht erwünscht sein, wenn aus Zufalls- oder Spekulationsgewinnen ein Teil der Gemeindeumlage auffließt und den Hausbesitzer dadurch vor höheren Umlagen bewahrt.

Ob sich die Einführung einer Luftverkehrssteuer nach § 75 der Städteordnung und etwa auch die Erhöhung der Hundsteuer empfiehlt, wird wenigstens einer Prüfung zu unterziehen sein.

Sodann muß ich aber an dieser Stelle anführen, was beim Vergleich des Umlagefußes mit dem anderer Städte vielfach außer acht gelassen wird, daß die Stadt hier Dinge unentgeltlich leistet, für die anderen Orts Gebühren erhoben oder die Einwohner herangezogen werden, so die Straßenreinigung und Schmutzabfuhr, und daß wir für andere Leistungen nicht geringere Gebühren oder Preise fordern als andere Städte; so ist das Schulgeld der Mittelschulen hier beträchtlich niedriger als in Mannheim, wir allein haben den niedrigen Gasverkaufspreis von 14 %, auch ist das Bierzoll hier am niedrigsten von allen badischen Städten. Die Mindereinnahmen, die diese Umstände mit sich bringen, müssen natürlich durch höhere Umlagen ausgeglichen werden. Zur Einschränkung der bisher befolgten Politik der zu starken Entlastung der Gegenwart auf Kosten der Zukunft aber scheinen mir folgende Maßnahmen erforderlich:

1. Volle Dotierung des Erneuerungsfonds mit den tilgungsplanmäßig ihm zuzuführenden Beträgen. Die in vorigem und diesem Jahre beschlossene Ritzung der Amortisationsquoten um 1/2 bzw. 1/3, steht im Widerspruch mit den Grundfragen einer geordneten und soliden Verwaltung und darf daher nicht beibehalten werden. Eine Reserve von 600 000 M und ein Betriebsfond von 55 000 M ist für eine Stadt, die Tüdinge von Millionen in gewerblichen und sonstigen wirtschaftlichen Unternehmungen angelegt und einen jährlichen r-Ausgabebetrag allein der Hauptkasse von über 8 Millionen hat, unzureichend. Ihre Erhöhung muß daher mit aller Eile durchzuführen werden, wenn die Stadt nicht eines Tages geradezu vor eine finanzielle Katastrophe gestellt werden soll.

2. Während der Erneuerungsfonds für solche außerordentliche Ausgaben bestimmt ist, deren Verteilung aus Anlehensmitteln unzulässig ist, z. B. für Straßenbahnleihe und Maschinen, die vor ihrer Amortisation durch die regelmäßige Schuldentilgung erneuert werden müssen, sollten auch außerordentliche Ausgaben, die zwar grundsätzlich aus Anlehensmitteln bestritten werden könnten, deren Deckung aus solchen Mitteln sich aber als finanzpolitisch unzumutbar erweist, aus laufenden Wirtschaftsmitteln bestritten werden. Dazu gehören die Ausgaben für die regelmäßige Erweiterung des Straßenpflasters, auch für gewisse Straßeneubauten, soweit sie nicht von den Angrenzern zu bezahlen sind. Wie oben bemerkt, wurden bis vor 10 Jahren die Pflasterungen aus Wirtschaftsmitteln bestritten und es sollte künftig jedes Jahr wieder ein angemessener Betrag hierfür in den Voranschlag eingestellt werden.

Sodann aber erscheint es fernerhin auch nicht mehr zulässig, die Volksschulbauten völlig aus Anlehensmitteln zu bestreiten. Das letztere Deckungsverfahren hat ja den Zweck, die Aufbringung der Mittel für große einmalige Ausgaben auf eine Reihe von Jahren zu verteilen und sie dadurch den Steuerzahlern zu erleichtern, obwohl durch die Verzinsung die Ausgabe im Ganzen beträchtlich höher wird. Dieser Zweck läßt sich aber durch das Mittel der Anlehensaufnahme bei nicht rentablen Ausgaben nur erreichen, wenn diese in der zur Tilgung der Anleihen bestimmten Zeit nicht wiederkehren. Wird das Mittel angewendet bei nicht rentablen Ausgaben, die sich in rascher Aufeinanderfolge wiederholen, so tritt in kurzer Zeit gerade der entgegengesetzte Erfolg ein: Die jährlich aufzubringenden Beträge für Verzinsung und Tilgung werden dann höher, als die Beträge, welche bei Bestreitung jener Ausgaben aus laufenden Mitteln aufzubringen sind. Dieser Zustand ist hier bereits vorhanden. Von den Volksschulgebäuden der Stadt ist erst eines, die 1844/46 erbaute Pestalozzi-Schule vollständig bezahlt. Für alle anderen sind noch Annuitäten zu entrichten, welche im laufenden Jahre

234 987 M erfordern. Würden dagegen die Volksschulen aus laufenden Mitteln gebaut, so wären dafür nach dem gegenwärtigen jährlichen Bedarf nur 200 000 M aufzubringen. Wir haben nämlich mit einem jährlichen Zuwachs von 4-500 Schülern zu rechnen, für die 10 Klassenzimmer erforderlich sind. Auf ein Klassenzimmer entfallen aber (einschließlich der Kosten für Nebenräume) durchschnittlich 20 000 M, also auf 10 = 200 000 M. Selbstverständlich steigt aber mit dem Wachstum der Stadt dieser Bedarf, und zwar alle 2-3 Jahre um ein weiteres Klassenzimmer, also um weitere 20 000 M. Befolgt man die Entlastung des künftigen Bedarfs auf eine längere Reihe von Jahren, so ergibt sich, daß die Stadtgemeinde vom Jahre 1937 an für Verzinsung und Tilgung des künftigen Bedarfs wiederum mehr zu zahlen hat, als wenn sie ihn jährlich aus laufenden Mitteln deckt, während sie in der Zwischenzeit allerdings bei der Deckung aus Anlehensmitteln leichter durchkommt. Sie würde aber bis 1937 weitere 10 Millionen Schulden für Schulhäuser gemacht und dann erst die vor 1897 kontrahierten Schulden bezahlt haben.

Nun ist freilich der Uebergang von der Anlehenspolitik zur Verzinsungspolitik sehr schwierig, weil die bisserigen Annuitäten weiter bezahlt und daneben auch noch die Neubauten von der Wirtschaft aufgebracht werden müssen. Man wird sich daher zunächst damit zu begnügen haben, die Beträge aus der Wirtschaft zu entnehmen, um welche der Neubedarf von jährlich 200 000 M die jährliche Tilgungsquote (60 000 M) übersteigt, also ca. 140 000 M. Dadurch würde aber wenigstens das weitere Wachstum der für Volksschulbauten aufgenommenen Schulden verhindert. Dies sollte aber zum mindesten vom nächsten Jahr an geschehen. Alle größeren Städte außerhalb Badens sind meines Wissens längst dazu übergegangen, die Schulbauten aus laufenden Mitteln zu bestreiten; Mannheim hat schon im diesem Jahre den Ertrag eines Umlagepennings mit 177 000 M für diese Zwecke in den Voranschlag eingestellt.

Würden nun die von mir vorgeschlagenen finanziellen Maßregeln hier schon in diesem Jahre durchgeführt, so würden dadurch die Ausgaben zu erhöhen sein:

Table with 2 columns: Item and Amount. Items include: um 113 000 M für Ergänzung des Erneuerungsfonds, um 140 000 M für Schulhausbauten, um 100 000 M für Pflasterung, Straßenherstellung und dergl., zur Entlastung des Anlehensaufwandes.

zusammen um 353 000 M = rund weitere 4 % Umlage.

Hieraus ergibt sich, daß der Gemeindevoranschlag trotz der Umlage von 82 % gegenüber den Anforderungen einer rationellen Finanzpolitik noch sehr lang ausgefaltet ist.

Wenn ich mir erlaube habe, Vorschläge in der Richtung einer Einschränkung der Anlehenspolitik zu machen, so sehe ich mich dadurch nicht etwa in Widerspruch mit der soviel gerühmten sogenannten „Oberbürgermeisterpolitik“.

Es wäre ein zweifelhafter Ruhm, würde diese Politik darin gefunden, daß die Städte schrankenlos die Verwendung von Anlehensmitteln gutheißten. Vielmehr will man uns ja doch wohl nur das Lob spenden, daß wir vor einer nützlichen Unternehmung nicht deshalb zurückzusehen, weil sie sich nicht anders als im Wege des Anlehens durchführen läßt.

Zur Betätigung von Anlehenspolitik in diesem Sinne bleibt aber immer noch Raum genug. Ich will nur noch kurz anführen, was uns an größeren Ausgaben dieser Art bevorzucht — ich beginne in der Offstadt:

Erweiterung des Schlachts und Viehhofs, Erweiterung der Werkstätte und der Wagenhalle der Straßenbahn, Erziehung der Straßenbahn nach der Südstadt, Erweiterung des Gaswerks II und Erziehung von Verwaltungsbauten im Gastort I, Wasserversorgung und Kanalisation der Vororte, Neubau einer Getreide- und einer höheren Mädchenschule, Erweiterung des Rheinhafens (Rordeden, Einführung der Schwemmanalysen, Herstellung von Straßen und Straßenbahnlinien nach dem neuen Bahnhof (6 000 000 M)), Erweiterung der Maschinenhalle des Elektrizitätswerkes zur Abgabe von Strom für die Straßenbahn, Erziehung eines Kunstausstellungsgeländes und eines Kongress- und Theatergebäudes. Der Aufwand für all diese Aufgaben, die zum Teil unmittelbar bevorzucht, wird mit 15-20 Millionen (aus Anlehensmitteln!) nicht zu hoch gegriffen sein.

Ich möchte mich über den Stand aller dieser Angelegenheiten vererzt nicht im Einzelnen aussprechen; es wird sich ja dazu, soweit es den Herren erwünscht ist, noch Gelegenheit geben.

Dagegen möchte ich zum Schluß noch darauf hinweisen, daß wir in diesem Jahre das hier gegebene Wort einlösen müssen, wonach und zwar rückwirkend auf 1. Januar ds. Jz. die längst geplante Revision des Beamten- und Arbeiterstatuts durchgeführt werden soll. Es sind zu diesem Zweck am Schlusse des Voranschlags Mittel vorgesehen, die zwar keine besonders reichliche, aber eine, wie ich glaube, doch ausreichende Aufbesserung der Gehälter und Löhne ermöglichen. Wenn dabei von einer prozentigen Aufbesserung gesprochen ist, so ist damit nur ein Durchschnittszahl angegeben. Meines Erachtens wird bei den einzelnen Kategorien dabei ab- und zugegeben werden müssen. Der Stadtrat behält sich selbstverständlich vor, darüber bestimmte Vorschläge auszuarbeiten, sobald sich einigermaßen übersehen läßt, wie die dem Landtag vorliegenden staatlichen Gesetzesbestimmungen sich gestalten. Selbstverständlich sollen aber wie beim Staat nicht nur der Gehaltsstarif revidiert, sondern auch die sonstigen Verhältnisse der Beamten und Arbeiter, insbesondere ihre Fürsorgeansprüche im Anschluß an die neue Staatsgesetzgebung einer Fortberingung unterzogen werden.

Das allerdings wird sich nicht verwirklichen lassen, was der Gemeinbedarferverband von uns verlangt. Diese Gewerkschaft hat eine Vorstellung an die Stadtverwaltung gerichtet mit Forderungen, deren Verwirklichung eine Mehrausgabe für die Arbeiter von jährlich 417 000 M verursachen würde. Es ist selbstverständlich ganz ausgeschlossen, daß wir diese Forderungen erfüllen können und ich habe zu allen Mitgliedern dieses Kollegiums das Zutrauen, daß sie diesen Standpunkt teilen werden.

Zum Schluß glaube ich aussprechen zu dürfen, daß es zwar sehr wenig erfreulich ist, wenn wir auch in diesem Jahre wieder erhöhte Anforderungen an den Geldbeutel unserer Umlagezahler zu stellen genötigt sind; daß aber diese Erscheinung nicht begründet ist in besonders ungünstigen oder bedenklichen erregenden wirtschaftlichen Zuständen unserer Stadt und deshalb auch kein Grund vorliegt, wegen des Umstandes, daß Karlsruhe dieses Jahr nicht den niedrigen Umlagefuß der badischen Städte besitzt, mit trübem Gedanken in die Zukunft zu schauen. Mit der etwas bitteren Tatsache aber müssen wir uns freilich abfinden, daß wir eine Reihe von Jahren tiefer in die Tasche greifen müssen, als wir es bisher gewohnt waren. Wir wollen aber auch die Lehre beherzigen, die sich aus dieser Tatsache aufdrängt und die meines Erachtens im Grund keine andere ist, als die des alten Sprichworts: „Epare in der Zeit, so hast du in der Not.“ (Weißall.)

Der Obman des geschäftsführenden Vorstands, Stadtv. Dr. Goldschmidt: In Anbetracht der eingehenden Ausführungen des Oberbürgermeisters und des Umstandes, daß den Mitgliedern des Bürgerausschusses ein gedruckte Begründung zugegangen sei, könne er sich darauf beschränken, mitzutheilen, daß der Vorstand die Frage der Ermäßigung der Umlagefüße gründlich erwogen habe, aber zu einem negativen Ergebnis gekommen sei. Der diesjährige Voranschlag bringe eine starke Mehrbelastung gerade zu einer Zeit, wo auch der Staat infolge Aenderung seiner Gesetzgebung den Steuerzahler stärker in Anspruch nehme. Die vorgeschlagenen 82 % Umlagen würden über den Stand von 64 % nach dem alten Stand. Die Umlage sei also von 40 % im Jahr 1906 auf 50 % im Jahr 1907 und rund 64 % im Jahr 1908 gestiegen. Wenn man die Umlage hätte ermäßigen wollen, so wäre das entweder so möglich gewesen, daß man Ausgaben gestrichen, oder aber daß man die Einnahmenseite einzelner Positionen erhöht hätte. Das letztere sei deswegen nicht möglich gewesen, weil der Voranschlag an sich schon mit äußerster Sparsamkeit aufgestellt sei, und um nur 2 % herunterzunehmen, müßte man 178 000 M freisetzen. Der Vorstand werde einige Abstriche vorschlagen, die aber so gering seien, daß sie auf

die Umlage nicht einwirkten. Den anderen Weg zu gehen, die Einnahme-Position bei den einzelnen Betrieben zu erhöhen, wäre rechtlich möglich; dann verschwinden aber die Betriebsüberläufe und es trete die Gefahr sprunghafter Umlagesteigerung ein. Man werde wohl dazu übergehen müssen, künftig die Einnahmen einzelner Betriebe anders als jetzt, mit den Einnahmen einzufassen, die sich rechnungsmäßig voraussichtlich ergeben werden. Man dürfe aber die bisher erwirtschafteten Umlageüberschüsse, die früher 1,2 Millionen betragen hätten und jetzt 800 000 M betragen, nicht auf einmal aufzehren. Die Schaffung von Sicherheitsfonds und die Verjährung der Erneuerungsfonds müßten damit Hand in Hand gehen. Im einzelnen zeige der Vorschlag sehr genau, was jeder Betrieb koste, weil die Beiträge für Verzinsung und Tilgung des darin angelegten Kapitals als Miete an die Stadtkasse dem Betrieb in Rechnung gestellt seien. Das ungünstige Ergebnis dieses Jahres komme daher, daß die Ausgaben viel stärker gewachsen seien als die Einnahmen, nämlich um 19,82 Proz., die Einnahmen aber nur um 8,2 Proz. In den Jahren 1904, 1905 und 1906 sei das umgekehrt gewesen. Die Eröffnung neuer Einnahmequellen von Belang sei nur auf Grund einer Änderung der Staatsgesetzgebung möglich, soweit die Gemeinde nach der derzeitigen Gemeinde-Ordnung noch Steuern schaffen könnte, seien dieselben nicht viel wert. Sehr bedrückt habe ihn der Teil der Rede des Oberbürgermeisters, der von der Anleihenpolitik handelte. Schon seit Jahren habe er darauf hingewiesen, daß es unmöglich sei, auf die Dauer regelmäßig wiederkehrende Ausgaben aus Anleihen zu bestreiten. Er habe insbesondere auf die Schulen hingewiesen und dargelegt, daß es etwas ganz anderes sei, wenn eine kleine Landgemeinde ein Schulhaus, das auf 50-60 Jahre ausreichte, aus Anleihen baue, als wenn eine Stadt wie Karlsruhe alle 2 bis 3 Jahre ein neues Schulhaus baue. Nun sei behauptet worden, die Schulhäuser seien wertlose Anlagen; im kulturellen Sinne sei das wohl richtig, finanziell aber sei es aber nur dasjenige, was sich selbst verzinsle und amortisiere. Zwei Drittel der Umlage seien nötig zur Schuldentilgung und Tilgung; im Hinblick hierauf und auf die großen noch bevorstehenden Ausgaben sei Sparfameit nötig. Der Vorschlag empfehle den Vorschlag zur Annahme; abgesehen von einigen Kleinigkeiten könnte man vielleicht die beiden Bedürfnisanstalten, die der Vorschlag vorsehe, um die Hälfte des eingeplanten Betrages bauen, vielleicht könnte man auch die 50 000 M für den Jubiläumsspenden freizugeben und die Beträge, die für die Flaggenhalle am Schloßplatz vorgesehen seien; doch würde das alles noch nicht ausreichen, die Umlage um einen Pfennig zu erniedrigen.

Hierauf wird auf Vorschlag des Oberbürgermeisters die Generaldebatte eröffnet.

Stadt. Nehmann: Beim Studium des Vorschlags hätte einem angeichts der Steigerung des Umlagefußes schwer ums Herz werden können, und da sei es zweckmäßig gewesen, daß der Oberbürgermeister sachlich und ungeschönt die Lage gekennzeichnet habe. Wenn auch die Stadt ihren Vorschlag nur auf ein Jahr aufstelle, so sei es doch richtig und möglich, daß, wie der Oberbürgermeister es getan habe, der Blick auch auf die Zukunft und ihre Anforderungen gerichtet werde. Dadurch würden Fehler, wie sie früher gemacht worden seien, vermieden. Das Bild habe sich in den letzten Jahren so gestaltet, daß die Wirtschaftseinnahmen nur noch 62% der gesamten Einnahmen ausmachten, während sie früher 67, 70 und 72% betragen hätten. Die Gründe dafür, daß der ungedeckte Aufwand so hinaufgegangen sei, lägen zum Teil in Dingen, auf die die Stadt einen Einfluß nicht habe, namentlich in Maßnahmen unseres Reiches, von dem die Gemeinde ein kleiner Teil sei. Bei den Einnahmen besonders komme die Ungunst der wirtschaftlichen Lage zum Ausdruck, z. B. bei den Grundbuchgebühren und bei der Verkehrssteuer und dergleichen. Als er vorziges Jahr schon auf die rückläufige Bewegung aufmerksam gemacht habe, sei er nur unwirlichen Worten begegnet, jetzt sei man aber allgemein von dieser Tatsache überzeugt und sähe ihre Folgen an der Lage der Sparkasse beispielsweise und dem Kursstand der im städtischen Besitz befindlichen Papiere. Die Luftverkehrssteuer und die Erhöhung der Zigarette, welche beiden Maßnahmen die Stadt noch treffen könnte, würden nicht viel eindringen, anders wohl die Wertzuwachssteuer, doch sei für diese der gegenwärtige Zeitpunkt mit der wirtschaftlichen Depression und der Stärkerbelastung des Grund und Bodens durch die Vermögenssteuer nicht sehr geeignet, vielleicht ließe sich die Steuer noch um ein Jahr hinausschieben. An sich sei er durchaus dafür, daß der Wertzuwachs versteuert werde mit den beiden vom Oberbürgermeister erwähnten Beschränkungen, daß einmal die Steuer nur bei Verkaufserlösen erhoben wird und daß eine gewisse Freigrenze bleibe. Der Wertzuwachs entfalte wesentlich durch die Tätigkeit der Gemeinde und dieser sei daher auch das Besteuerungsrecht zuzuwenden. Was die Ausgaben angehe, so sei die Steigerung voraussichtlich von Dauer, weil gerade die schwersten Belastungen, wie z. B. die Schulkosten, lebendiger seien und nicht gemindert werden könnten. Nachdem der Vorstand, zu dem er alles Vertrauen habe, nicht in der Lage gewesen sei, die Umlagen herunterzubringen, sei die Verzinsung und Amortisation der Schulden. Vor zwei Jahren habe der ganze Landtag widergehallt von dem Lob der sogenannten Oberbürgermeisterpolitik, gerade damals aber hätten sich im Bürgerausschuß die ersten schmerzlichen Versuche gezeigt, etwas an der Anleihenpolitik zu ändern. Jetzt habe die Meinung vollständig umgeschlagen, der Staat könne sich der Ansicht nicht mehr entziehen, für große Unternehmungen von Dauer nötigenfalls Anleihen zu beanspruchen, für große Unternehmungen von Dauer seien soweit gekommen, ihre Anleihenpolitik einzuschränken, und so werden Staat und Gemeinde auf einer mittleren Linie voraussichtlich sich zusammenfinden. Dem Standpunkt der Oberbürgermeister sei insofern zuzustimmen, als man von den Aufgaben der Gemeinden nichts werde aus dem Auge lassen dürfen, und als eine ganze Anzahl solcher Aufgaben eben nur mit Anleihen geist werden könnten, gewisse andere Ausgaben aber müßten nach und nach auf laufende Mittel übernommen werden und gleichzeitig sei die Schaffung von Rücklagen nötig. Beispielsweise könne man Straßenbahnwagen nicht mehr aus Anleihenmitteln beschaffen. Auch der Erneuerungsfond der einzelnen Betriebe sei auszulassen und daneben auch für andere Ausgaben Mittel zu sammeln, beispielsweise für größere Kunstwerke. Von den Schulhausbauten im Speziellen habe man in letzter Zeit gehört, daß sie zu luxuriös seien, und es seien allerhand Sparmaßnahmen gemacht worden. Doch solle man die Sparfameit nicht zu weit treiben. Wenn die Stadt in der Schule kulturell hervortreten wolle, so müßten auch die Schulbauten nach außen hin würdig repräsentieren. Dort würde auch unsere Jugend erzogen, die dereinst mal in dreißig oder vierzig Jahren an unserer Stelle hier im Bürgerausschuß die Geschichte der Stadt verwalten werde. Eine besondere Belastung habe der Bezug des neuen Krankenhauses mit sich gebracht. Wenn auch da und dort, namentlich in der Raumverweisung, vielleicht etwas reichlich verfahren worden sei, so sei doch nicht zu vergessen, daß diese große Anlage auch für längere Zeit ausreichen müsse und daß sie auch jetzt nötig sei und günstig wirke. Die vorgesehene Gehaltserschöpfung für die städtischen Beamten und Arbeiter sei zu begrüßen, die Politik der Stadt auf diesem Gebiet sei richtig, auch insofern, als sie befreit sei, die Arbeiter in den Gehaltsstufen zu überführen. Als Wunsch der Beamten trage er noch vor, daß die Zulagen als Teuerungszulagen einschließlich der bereits im vorigen Jahr erteilten Summen gleichmäßig auf sämtliche Beamten verteilt würden. Im übrigen empfehle er den vorgeschlagenen Umlagefuß zur Annahme.

Stadt. Baumeister spricht dem Stadtrat sein Vertrauen aus und fügt seines Erachtens sei an dem Vorschlag nichts zu ändern. Er wolle sich zu folgenden Punkten äußern: Der Übergang dazu, die Schulhausbauten statt aus Anleihen aus laufenden Mitteln zu erstellen, lasse sich nicht vermeiden. In der Ausstattung solle man sich allerdings sparen. Für die eingemeindeten Vororte seien große Ausgaben für Wasser, Gas und Kanalisation in Aussicht genommen, jedoch man

bedenken bekommen könne, ob man mit der Eingemeindung das Rechte getroffen habe. Doch sei er überzeugt, daß allein schon die Stärkung des städtischen Bodenbesitzes die Eingemeindung verlohnt habe. Die erwähnten Kosten könne man auf mehrere Jahre verteilen. Die Straßen im neuen Bahnhofsgelände legten nach den Berechnungen des Oberbürgermeisters circa 3 Millionen Mark. Wenn man das damals gemacht hätte, als man vor Jahren hier über die Bahnhofsverlegung beraten habe, so wäre man vielleicht zu einem anderen Resultat gekommen. Er hoffe, daß für die Stadt sich nicht noch weitere derartige Folgen ergeben, z. B. bei der Bewertung des frei werdenden Bahnhofsgeländes. Auf diese Bewertung müsse die Stadt unter allen Umständen Einfluß haben; und wenn es gar nicht anders möglich sei, dann müsse der Stadt wenigstens eine fröhliche Wertzuwachssteuer aus dem ihr allein zu verbleibenden Mehrwert zukommen. Daß diese Steuer, schon lange kein Lieblingskind, zur Einführung komme, freue ihn. Wie alle wirklich bahnbrechenden Ideen sei sie in der ersten Periode verächtlich, in der zweiten belächelt, in der dritten aber als selbstverständlich angesehen worden. Die Einnahmen aus dieser Steuer würden den Gemeinden zu. Der Staat und seine Behörden hätten für den unterirdischen Wertzuwachs nichts getan, die Stadt allein, die Tätigkeit ihrer Verwaltung und der Fleiß ihrer Bürger seien die Ursachen dieses Wertzuwachses und daher gebühre der volle Betrag der Stadt. Aus demselben Grund, wie er die Wertzuwachssteuer wünsche, sei er auch für die Luxussteuer, weil ihre Grundlage eine moralisch gesunde sei. Er denke da an Automobile, Konjunktur- und Luxusartikel, auch Kleiderluxus, den man vielleicht proportional der Größe der Stoffbedeckung der Damen treffen könnte. (Geheiß!)

Stadt. Frey: Eine Herabdrückung des Umlagefußes wäre entweder möglich durch Herabsetzung der Ausgabenposten oder Höherrechnung der Betriebsergebnisse. Beides sei nicht durchführbar. Ein großer Teil der Ausgaben gehöre zu den absolut unentbehrlichen, eine Erziehung der anderen aber wäre lediglich eine Verschiebung notwendiger Aufgaben. Das Höherrechnen der Betriebsergebnisse halte er für nicht zweckmäßig, sogar für direkt ungesund. Wollte man den Vorschlag nicht mit der Vorsicht aufstellen, daß sich erhebliche Umlageüberschüsse ergeben, so könnte unter Umständen Geldknappheit in der städtischen Wirtschaft eintreten, so es könnte sogar ein Defizit sich ergeben. Die Steigerung des Umlagefußes sei beim Ankaufen der Ausgaben um ungefähr 1 Million und der Einnahmen um nur 400 000 Mark unvernünftig. Doch dürfe das einen nicht so sehr stutzig machen, auch dann nicht, wenn man sehe, daß zwei Drittel der Umlagen zum Schuldendienst nötig seien. Gerade der Umstand, daß die Stadt für ihre eigentlichen Aufgaben nur ein Drittel der Umlagen benötige, und daß der ganze Rest der Ausgaben aus erwirtschafteten Mitteln bestritten werden könne, beweise, daß die Finanzpolitik der Stadt eine richtige gewesen sei. Sparfameit könne man walten lassen im Baubereich, namentlich auch bei den Volksschulen. Wenn die Stadt jetzt alle 2-3 Jahre ein Schulhaus baut, so sei es nicht mehr nötig, aus jeder Schule ein Baubüro zu machen und Sparfameit empfehle sich hier umso mehr, als man dazu übergehen wolle, die Schulhäuser aus laufenden Mitteln zu erbauen. Sodann sei auch noch die Frage zu erörtern, ob man nicht dahin wirken könnte, nötigenfalls im Wege der Gesetzgebung einen Teil der Schulkosten auf den Staat zu übertragen, insbesondere die Kosten derjenigen Schulen, welche dem ganzen Lande dienen. Es könnten hier die Rentabilität der städt. Werte verbessern, der Straßenbahn dadurch, daß man die Vorarbeiten in deren Bereich einbezöge, jedoch unter allbaldiger Schaffung einer Ringbahn; in gleicher Weise könnte sich auch das Elektrizitätswesen ausdehnen. Mit Rücksicht darauf, daß die Verwendung von Elektrizität ständig auch in gewerblichen Betrieben zunähme, und daß die Kosten andauernd tiefer würden, die Stadt selbst für solche im laufenden Jahr 230 000 Mark mehr aufwenden müsse — wobei ein großer Teil auf die Preissteigerung komme — sei es eine dringende Aufgabe der Stadt, sich einen möglichen Einfluß zu verschaffen, bei der Aufschlüsselung der Wasserkräfte der Umlage zur Gewinnung von Elektrizität. In der Frage der Stabilerweiterung spiele die Eingemeindung die größte Rolle und er sei der Meinung, daß man hier nicht erst dann vorgehen dürfe, wenn Stadt und Vorort schon fast zusammengebaut sind, sondern er sei schon dann Zeit zum Handeln, wenn die Stadt durch die Eingemeindung sich einen möglichen Einfluß auf die Bodenbewertung verschaffen könne. Die bereits erfolgten Eingemeindungen könnten der Stadt durch Einführung der Wertzuwachssteuer nutzbar gemacht werden. Er sei auch ein Anhänger einer solchen Steuer, aber hauptsächlich auf unbebautes Gelände. Schließlich habe er noch den Wunsch, daß die Industrie im Westen der Stadt sich ausdehne, dort sei ihr Platz, nicht im Osten. Von einer Erhöhung des Umlagefußes könne keine Rede sein, er empfehle den Vorschlag zur Annahme.

Stadt. Bergmann sieht eine Möglichkeit der Erhöhung von Einnahmen bei den Baubehalten in einer Vermehrung der Gelegenheit zu Wärdern III. Klasse, beim Elektrizitätswesen in der Verbilligung der Tarife für Strom, bei der Straßenbahn in einer reicheren Ausgestaltung des Netzes und Verbesserung der Organisation des Betriebes, beim Anleihen in der Abgabe billigen Geldes für die Industrie. Die Anträge der Einnahmen und Ausgaben bei den einzelnen Betrieben müßten im Budget derart sein, daß sie sich möglichst den tatsächlichen Ergebnissen näherten. Aufwendungen und Rücklagen nach kaufmännischen Prinzipien seien geboten. In der Schulhäuser sollten nach nächsten Jahre als auch Wirtschaftsmitteln gebaut werden, selbst auf die Gefahr einer Umlageerhöhung. Redner tritt schließlich für eine Art Mittelverfahren bei Einnahmen ein, da die jetzt geübte Auswahl des niedrigsten Angebots geeignet sei, Erfolgen zu vernichten. Das Gemeindebudget sollte eine übersichtliche Darstellung der einzelnen Einnahmen und Ausgabepositionen erhalten, damit man nicht mühsam aus den verschiedenen Positionen die betreffenden Zahlen herauszufinden müsse.

Stadt. Willi erklärt sein Einverständnis mit den Darlegungen des Oberbürgermeisters hinsichtlich der Wirkung unserer Gesetzgebung und insbesondere des Zolltarifs auf den Gemeindehaushalt. Heute zeige es sich auch, wie richtig der Standpunkt seiner Fraktion gewesen sei, welche seinerzeit vor der Herunterdrückung des Umlagefußes gewarnt habe. Nicht die Umlagesteigerung an und für sich sei ein besonderes Übel, sondern eine sprunghafte Steigerung zumal wenn solche in eine Zeit wirtschaftlichen Niederganges falle. Bei Verteilung der Belastung des Gemeindehaushaltes durch den Schuldendienst dürfe man doch nicht vergessen, daß nur durch die Anleihen die verschiedenen wirtschaftlichen Unternehmungen der Stadt möglich gewesen seien, die bereits jetzt oder künftig eine Rente abwerfen. Die Wertzuwachssteuer gebühre allein der Gemeinde, welche einen gerechten Anspruch darauf habe, da die Wertsteigerung deren Kulturbereitwillen zu veranlassen sei. Mit ihrer Einführung zuwarten, sei nicht am Platz. Für die Verbesserung der Luftverhältnisse und stärkere Befestigung der Gunde könne er nicht eintreten wegen des geringen finanziellen Erfolges. Dagegen eröffne sich eine neue und ausgiebige Einnahmequelle durch eine stärkeren Bezug des Kapitalvermögens, was föhlich eine Änderung der Gesetzgebung voraussetze. Eine durchaus gerechte Forderung sei ferner der Bezug der Einnahmen der Mitglieder der regierenden und standesherrlichen Häuser, sowie der in deren Residenzen und Lustschlössern angelegten Kaputtalzen zur Gemeindebesteuerung. Viel eher wie der kleine Handwerker und Arbeiter seien diese Herrschaften in der Lage, Umlage zu zahlen, zumal sie sehr oft ihr Einkommen recht mühsam erhielten. Redner begrüßt im Interesse der Armen die Inbetriebnahme des neuen städtischen Krankenhauses und wünscht sicheres Tempo bei Anstellung der Schulärzte, ferner billige Badegelegentheit durch Errichtung eines Freibades in nächster Nähe der Stadt. Er verlangt ferner Innegehaltlichkeit der Krankenpflege und des Lepetungswesens. Da die Krankheit des Menschen kein Ausbeutungsobjekt sein dürfe, sollten die Apotheken von den Gemeinden übernommen werden. Redner tritt lebhaft für eine Reform des Wohnungswesens ein und bedauert die absehnende Haltung des Stadtrats gegenüber der Gartenstadtbewegung. Vorgedachte Baulust dürfe durch die Stadt nicht gehemmt werden. Die Anträge der städtischen Arbeiter auf Verbesserung seien wohl durchführbar, wenn auch nicht alles auf einmal bewilligt werden könne. Eine durchschnittliche Erhöhung der Arbeiterlöhne um 6 Proz. genüge

aber keinesfalls; außerdem entstände Anzweiflung, wenn die Löhne nicht gleichmäßig erhöht würden. Er fordere den Achtundentag für die Gaswerker und finde die durchschnittliche Arbeitszeit von 10 Stunden in den städtischen Betrieben zu hoch. Vor zu großer Sparfameit bei den Volksschulhäusern müsse er warnen; für diese dürfe nicht etwa im Gegensatz zu den Mittelschulen der Klassenstil maßgebend werden. Auch im Interesse der Geschäftswelt, der Arbeiterschaft und der Kunst dürfe man nicht knausern. Redner verlangt auch den Ausbau der Straßenbahn nach Rinteln und nach der Südstadt. Wenn er auch heute bei der Zusammenkunft des Kollegiums von einem Antrag auf Aufhebung der Verbrauchssteuer absehe, so verlange seine Fraktion wenigstens, daß die Stadtverwaltung die Bestrebungen nicht unterstütze, welche jenen Termin hinauschieben wolle. Geplant werden könne durch den Ertrag des Fonds für das nächste Stadtjubiläum 1915. Der Sozialismus in der Gemeinde müsse gefördert werden und deshalb auch die Gemeindeordnung geändert werden. Als Vertreter der arbeitenden Bevölkerung, welche bereit seien zu praktischer Mitarbeit in der Gemeindeverwaltung, verlange seine Fraktion nachdrücklich endlich die entsprechende Anzahl von Eigen im Stadtrat, deren Bewilligung auch ein Gebot der Klugheit sei.

Stadt. Köhler verzichtet mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit auf Wort.

Stadt. Köhler wendet sich gegen die agrarische Politik, welche auch bei dem Vermögenssteuergesetz zum Schaden der Einnahmer der Städte zum Ausdruck gekommen sei, insbesondere durch Freilassung der kleineren häuslichen Betriebskapitalien. (Allseitige Zustimmung.) Der Kohlenverrechnung jenseit der badische Staat machtlos gegenüber und von Preußen sei keine Hilfe zu erwarten. Aus den Darlegungen des Oberbürgermeisters über die Anleihenpolitik könnten die Gegner einer solchen Kapital folsagen. Ob eine Aufgabe mit Anleihenmitteln oder Wirtschaftsmitteln zu lösen sei, sei keine Prinzipienfrage, sondern eine Zweckmäßigkeitsfrage, die nach kaufmännischen Gesichtspunkten beantwortet werden müsse. Nur durch die bisher von den Städten gewährte Anleihenpolitik sei es heute möglich, an den Bau der Schulhäuser, aus Wirtschaftsmitteln zu denken. Verwerflich sei die Abwälzung jeder Ausgabe für Kulturzwecke auf die Steuern, wie dies der badische Staat mache. Andere Staaten, wie Dänemark, welche auf dem Gebiet des Schulwesens in vorderer Linie stünden, hätten auch eine blühende Landwirtschaft und ein blühendes Handwerk. Die Wertzuwachssteuer sei spruchreif, die Abwehrbestrebungen des hiesigen Grund- und Hausbesitzers verziehe er nicht, da doch nur die Grundstückbesitzer und nicht die Hauseigentümer durch diese Steuer geschädigt würden. Das heutige Wirtschaftsbild gebe keinen Grund zum Pessimismus. In 10 Jahren habe sich das städtische Reimvermögen um 20 Millionen vermehrt. Starke Anlauf zum Kerger gebe ihm oft der Straßenbahnbetrieb, so durch die vielen Haltestellen, dann durch das unwürdige Warten z. B. am Mühlburgertor. Die Verteuerung der Baustoffe sei auch nicht geeignet, den Verkehr zu heben. Billige Tarife seien die rentabelsten. Die Verteilung der Schulhausbauten und Pfisterlöcher aus laufenden Mitteln bilige er. Die städtische Bevölkerung habe keinen Anlaß über einen hohen Umlagefuß zu jammern. Man solle doch sehen, wie hoch dieser in kleinen Landgemeinden sei. Mit der scharferen jenseitigen Heranziehung der vermögenden Leute, hole man nur Vermägen nach. Staat und Gemeinden müßten beim Monopolbestrebungen, wie sie sich in der Kohlenverrechnung zeigten, entgegenstehen. Die Sozialdemokraten seien keine Umflüchter. Außerdem könne hier mancher Konflikt vermieden werden, wenn man ihnen ausreichende Vertretung im Stadtrat, mindestens in dem Maße wie den Freisinnigen gewährte. Christlicher Wille zur Mitarbeit in der Gemeindeverwaltung sei vorhanden.

Stadt. Dr. Eller anerkennt die Bereitwilligkeit der beiden sozialdemokratischen Vorredner zu praktischer Vertätigung. Durch Wahl des Stadtvorstandes Kolb zum Stadtrat werde ja wohl deren Wünsche ausgesprochen werden. Es sei aber eine eigentümliche Politik, die Bestrebungen der Finanzen durch größere Ausgaben zu verbergen. Anleihenmittel dürften nur zu eigentlich werdenden Unternehmungen sowie zur Lösung von solchen Kulturaufgaben verwendet werden, welche im Interesse der gegenwärtigen Generation unverzichtbar seien, aber solche dieser fordern, daß die laufenden Mittel auch unter Zusicherung von Mecheren nicht genügen. Wenn man bei Erhaltung neuer Steuerquellen auch eine Erhöhung der Hundsteuern erzwänge, so solle man berücksichtigen, daß solche Steuerzuschläge von den Besitzern gewöhnlich nur während der Lebensdauer des bereits vorhandenen Zieres zur Zahlung gelangten; dagegen verhindere ein solcher Steuerzuschlag in der Regel die Anschaffung neuer Hunde. Bei einer Wertzuwachssteuer sei es schwierig die richtige Grenze zu ziehen zwischen volkswirtschaftlich gesunder Kapitalanlage in Grundstücksbesitz und eigenlicher Spekulation insbesondere mit Kapplätzen. Für die selben Hausbesitzer käme heute eher eine Entschädigung für unbediente Wertverminderung in Betracht. Er bewerte, ob die Höhe der Einnahme aus der Wertzuwachssteuer den Ausfall der Gemeinde an Verbrauchssteuern decke. Eine Verringerung der Ausgaben durch Ertrag der Zuschüsse zu den Erneuerungsfonds zu versuchen, sei unzulässig. Auch in den Anleihen bei den Budget der verschiedenen Betriebe könne im wesentlichen nichts geändert werden, der sich dort hernach ergebende Wirtschaftsschub bilde nur bei der ersten Einstellung eine Belastung, könne daher jetzt unbedingt beibehalten werden. Einen Einnahmefall habe man bei der Sparkasse infolge Sinkens der Wertpapiere zu verzeichnen, da diese nur zum Kurswert veranschlagt werden dürfen. Eine Veränderung der gesetzlichen Bestimmung zur Ermöglichung der Einstellung der Papiere zum Anschaffungspreis ohne Rücksicht auf den Kurs sei angebracht. Nachdem beim städtischen Krankenhaus die Kosten der Behandlung und Pflege gestiegen seien, müsse man auch eine Erhöhung der Verpflegungssätze der Patienten in Erwägung ziehen.

Hierauf stellt der Oberbürgermeister fest, daß noch 7 Redner zur Generaldebatte gemeldet seien und beantragt Fortsetzung der Debatte morgen nachmittags 3 Uhr. Dieser Antrag findet allgemeine Zustimmung. Schluß der Sitzung 1/8 Uhr abends.

Geschäfts-Empfehlung.

Hiermit beehre ich mich, einem titl. Publikum anzuzeigen, dass ich mit dem heutigen ein

Atelier für feine Herren-Garderobe nach Mass

am hiesigen Platze

Rudolfstrasse 28 L., Ecke Durlacher-Allee,

eröffnet habe. Durch jahrelange Erfahrungen bin ich im Stande, auch den weitgehendsten Anforderungen gerecht zu werden und sichere prompte, sowie äusserst preiswerte Bedienung zu.

Hochachtungsvoll ergebenst

L. Sachs,

langjähriger Zueschneider, zuletzt einige Jahre in Hause Adolf Stein.

B12471

Todes-Anzeige.

Schmerzhaft die Nachricht, daß heute morgen 1/9 Uhr unser ungeliebter, treubeforgter Vater, Großvater, Urgroßvater und Onkel

Eduard Schwab

Hauptlehrer a. D. im Alter von nahezu 83 Jahren sanft entschlafen ist. Karlsruhe-Mühlburg, 31. März 1908.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 2. April d. J., nachmittags 5 Uhr, vom Trauerhause, Eisenbahnstraße 11, aus statt.

Statt besonderer Anzeige

Todes-Anzeige.

Freunden und Bekannten die tiefschmerzliche Nachricht, daß heute nacht unerwartet schnell unsere ungeliebte, treubeforgte Mutter, Schwiegermutter, Großmutter und Schwester

Sophie Bliss, geb. Stratz,

Kasern-Zustellere-Witwe, versehen mit den hl. Sterbsakramenten, im 74. Lebensjahre sanft entschlafen ist.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen:

- Familie Bliss, Bahnassistent, Hagenau, Familie Burst, Rintheim, Frau Bilger, geb. Stratz, Rafstadt.

Trauerhaus: Luisenstraße 18, III, Karlsruhe, den 31. März 1908. Die Beerdigung findet am Donnerstag den 2. April, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Friedhofkapelle aus statt.

Statt besonderer Anzeige.

Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Mitteilung, dass meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Tochter, Schwiegertochter, Schwester, Schwägerin u. Tante

Anna Braun, geb. Waldvogel

gestern abend nach kurzem, schwerem, mit grosser Geduld ertragenem Leiden verschieden ist.

Namens der tieftrauernden Hinterbliebenen:

Ferdinand Braun, Justizaktuar.

Baden-Baden, den 31. März 1908. Beerdigung: Donnerstag den 2. April 1908, vormittags 7 Uhr, Trauerhaus: Gernsbacherstrasse 74.

Herde! Herde!

Gelegenheitslauf.

Wegen Räumung des Lagers sind neue und gebrauchte Herde zu kostbilligen Preisen zu verkaufen, in jeder Größe und Ausführung unter Garantie. Seltene Gelegenheiten.

Herdlager Markgrafenstraße 6,

nächst Waldhornstr. B12611

Stellen finden

Kaufm. Lehrling

mit guten Schulzeugnissen, aus anfänglicher Familie, gesucht. Offerten an Herrn Oberlehrer Sessler, Erbprinzenstr. 4. 5105.2.2

Lehrling

mit guter Schulbildung gegen Vergütung zum baldigen Eintritt gesucht. Neu & Hirsch, Schuhwaren an gros, Waldstraße 26

Unter Großhändler- und Hofenarbeiter

wird gesucht. 5141

N. Breitbarth

Edle Kaiser- u. Herrenstraße.

Jüngerer Tapeziergehilfe

kann sofort eintreten. Zu erfragen B1-589 Kaiserstr. 79, 3. St.

Hausburische,

Stadtumb. ges. u. g. B12566 Marienstraße 36.

Rüchen- Spillburische gesucht.

Stellenbur. Geiger, Mädchen gesucht Kreuzstr. 6. 5148

Tüchtiges Kindermädchen

mit guten Zeugnissen sof. gesucht. Wassermann, B12306 Kapellenstraße 2, 2. St.

M. Stellen finden:

2 hile Kellnerinnen in Cafés, 8 einf. Kellnerinnen, 1 Serviermädchen in Kurhaus, Privat- u. Küchenmädchen d. Fr. Mayer, Waldhornstr. 44. B12544

Köchin-Gesuch

Eine gute Köchin, die auch etwas Hausarbeit befragt, wird sofort gesucht. Zu erfragen, Kaiserstr. 42. B12523

Küchenmädchen

gesucht auf sofort oder später. Gute Stelle. Lohn 35 Mk. monatl. Zu erfr. Kaiserstr. 129. B12546.3.1

Ein einfaches, fleißiges Mädchen,

das bürgerlich kochen kann, findet auf 1. April gute Stelle. Näheres Amalienstraße 3, im Laden. 4919.2.2

Gesucht zum 1. April ein tüchtiges Mädchen,

das bürgerlich kochen und alle häusl. Arbeiten verrichten kann. 4154* Mathystraße 5, 1. St.

Junges, fleißiges Mädchen

alle Hausarbeit auf 15. April gesucht B12502 Hauptstr. 23, 11.

Ein tüchtiges Mädchen

zum 1. April ein tüchtiges Mädchen, welches sich willig Arbeiten unterzieht, auf sof. gesucht. Gelegenheit das Kochen zu erlernen B12591 Leopoldstr. 15, III.

Mädchen, das bürgerliche

kochen kann, sucht zu 2 Damen als Mädchen allein gesucht. In kleine Familie ein Mädchen gesucht, das kochen kann, wegen Verheiratung des jetzigen Mädchens, bei hohem Lohn. Zimmermädchen, das nähen kann, auf 1. April gesucht. 5143

Mädchen-Gesuch.

Suche auf 15. April ein ordentl. Mädchen, das etwas kochen kann und sonstige Hausarbeiten befragt. 2.1 B12520 Kaiserstraße 82, 2. St.

Fleiß. Mädchen

gesucht. B12513.3.1 Zelfingstraße 51, im Laden.

Ein braves, fleißiges Mädchen

zu kleiner Familie sofort gesucht. 12551 Ritterstraße 34, 3. St.

Braves, kath. Mädchen

p. Lande, welches Östern aus d. Schule kommt, von H. Familie gesucht. B12467.2.1 Bismarckstr. 29, I.

Sauberes Mädchen,

das bürgerlich kochen kann u. Hausarbeit mitbesorgen, auf sofort oder 15. April gesucht. B12583.2.1 Frau Dr. Jochem, Maximilianstraße 8.

Monatsfrau,

pünktliche, ob. Mädchen für sofort auf einige Stunden vor- und nachmittags in kleinen Haushalt gesucht. Lohn 15 Mark. B12821.2.1 Schillerstraße 26, 2. Stod.

Jüngerer Fräulein

zur Aufsicht und Reinhaltung zu sofortigem Eintritt gesucht. 5151 Kaiserpassage 5.

Waisfrau

sofort gesucht. 4902* Friedrichsplatz 8, part.

Ein größeres Schulmädchen für

nachmittags gesucht. B12482 Karlsruher 15, 2 Treppen.

Junge Mädchen

im Alter von nicht unter 14 Jahren finden dauernde Beschäftigung. 5059.6.1 F. Wolff & Sohn, Durlacher Allee 31.

Tailen- u. Rockarbeiterinnen

werden für sofort gesucht. B12557 Hirschstraße 29, 1. St.

tüchtige Arbeiterin

für bessere Damenwascherei gesucht, auch zur Ausb. B12578 Waldstr. 46, III.

Büchlerinnen,

Gewandte, tüchtige 2988a.8.2 auf Stärkewäsche oder Glättewäsche gebl. bei hohem Lohn sofort gesucht.

C. Barusch, Waiskassant, Ettlingen.

Stellen suchen

Junger Kaufmann

mit famili. Kontorarbeiten, dem Lohn- und Kranftassenwesen vollständig vertraut, sucht bei bel. Antritt auf 1. Juli zu vermicten. Gleiche wie welcher Branche. Derselbe geht auch auswärt. 2.1

Fräulein,

welches handschulische bedient, und im Maschinensticken bewandert ist (Post und Adler) sucht Stellung in Karlsruhe, bei Notar od. Anwalt bevorzugt. Offerten unter Nr. B12532 an die Exp. der „Bad. Presse“ erb.

Gebildete Dame,

franz. sprechen, sucht Stellung als Reisebegleiterin oder Stütze. Gute Zeugnisse liegen zu Diensten. Offerten unter Nr. B12568 an die Exp. der „Bad. Presse“ erb.

Evang. Kindergärtnerin,

I. Kl. musikal., sucht als solche auf 15. April oder 1. Mai Stelle. Offerten unter Nr. B12565 an die Exp. der „Bad. Presse“ erb.

Fräulein

sucht für sofort Stellung als Stütze bei H. Gehalt. Offert. unt. B12570 an die Exp. der „Bad. Presse“ erb.

Junges Mädchen, in allen häusl. Arbeiten unterrichtet, auf sof. gesucht. Gelegenheit das Kochen zu erlernen B12591 Leopoldstr. 15, III.

Zum Besuche meiner Modell-Hut-Ausstellung beehre ich mich ergebenst einzuladen. 5100 Eckert-Kramer Karl-Friedrichstrasse 22. Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Zu vermieten:

Ein H. Laden ist sofort billig zu vermieten. Zu erfragen B12575 Kreuzstr. 22, Gemüseladen.

Friedenstraße 2,

Gartenstraße-Edt, geräumige Parterrewohnung von 6 Zimmern, jedes mit besonderem Eingang und reichlichem Zugehör, zu vermieten. Näheres im Hausbesitzer-Verein, Herrenstr. 48, oder Bismarckstr. 29, Gartenwohnung. B12596

Zu vermieten:

Kaiserallee 151, 2. Stod, 4 Zimmer und Zugehör. 9014.3.1 Rheinstr. 68, 2. Stod, 4 Zimmer und Zugehör. 9014.3.1 Rheinstr. 64, Manfarge, 3 Zimmer und Zugehör. 9014.3.1 Näh. Kaiserallee 143, II.

Kaiserstraße 137.

Wegen Sterbefall sofort oder per 1. Juli 3 Zimmer-Wohnung nebst Zugehör im Seitenbau nur an stille Leute zu vermieten. 5122* S. Rosenbusch.

Bahnhofstraße 20

ist eine Wohnung im 2. St., besteh. aus 3 Zimmern samt Zugehör mit Koch- und Beudgas, auf 1. Juli zu vermieten. B12586

Schöne, freundliche 3 Zimmer-

wohnung in ruhigem Hause auf 1. Mai oder später zu vermieten. Zu erfragen Georg-Friedrichstraße 1, 2. St. rechts. B12528

Winterstraße 49.

Den Interessenten für die Manfargenwohnung zur Nachricht, daß die gestern angelegte Vermietung in Hausgemeinschaft aus triftigen Gründen rückgängig gemacht wurde. Die Anzeige von gefriger Nummer B12890 gilt deshalb noch. B12828

Küchenstr. 57 ist eine Wohnung

mit 5 Zimmern samt Zugehör in nächster Nähe der Reichsplatz auf 1. Juli zu vermieten. Zu erfragen, barriere. B12612

Degenstr. 12, 2. St. schöne

3 Zimmerwohnung mit Veranda auf 1. Juli für 430 Mk. zu verm. Näh. part. rechts. B12438.3.2

Grenzstraße Nr. 3 ist eine schöne

2 Zimmerwohnung, Küche, Keller, Speisekammer, Gas, Glasabfluß auf 1. Juli zu vermieten. Näheres im 1. Stod. B12618.3.1

Industrie 16 ist eine Wohnung

von 3 Zimmern (Wohnk.), Küche, Keller, Manfarge, Koch- u. Beudgas auf 1. Juli zu vermieten, sowie Parterre-Wohnung, 3 Zimmer und Zugehör. Näheres parterre rechts. B12671.2.1

Schillerstraße 1, in gutem ruhigen

Hause, ist eine schöne Zimmerwohnung mit Zugehör auf 1. Juli zu vermieten. Zu erfr. 3. St. B12544

Sophienstr. 30 ist im freigelegenen

Seitenbau eine geräumige Zweizimmerwohnung nebst Zugehör auf 1. Juli zu vermieten. Näh. Vorderhaus 2. St. B12493

Waldstraße 17, 1. u. 2. Stod,

schöne Wohnungen von 2 Zimmern mit Zugehör auf 1. Juli zu vermieten. Zu erfragen Rudolfstraße 9, 2. Stod. B12547.2.1

Waldstraße 29, 2. Stod, im

Seitenbau, 2 freundl. Zimmer, Küche, Keller, wegen Wegzug auf 1. Juli zu vermieten. Näheres 1 Etage hoch. 5144

Wendstr. 87 ist im 2. St. eine

Wohnung von 2 Zimmern, Küche, Kammer und 2 Kellern auf 1. Mai oder früher, weg. Wegzug zu vermieten. B12461

Wohn- u. Schlafzimmer

gut möbl., sof. oder später zu vermieten. Näheres B12619 Waldstraße 5, 2. Stod.

Wohn- und Schlafzimmer, gut

möbliert, ruhiges Haus, nächst dem Marktplatz, sind zu vermieten; können auch einzeln abgegeben werden. Näh. Jähringerstr. 84, 2 Tr. B12511.3.2

Besserer Herr

findet nahe am Schloßplatz 2 gut möblierte Zimmer. B12622.2.1 Ritterstraße 2, 2 Treppen.

Jollystr. 12, part., links,

ist ein schön möbliertes Zimmer für besseren Herrn per sofort zu vermieten. B12844.2.2

Zimmer zu vermieten.

Steinstr. 6 ist ein hübsch möbl. Zimmer per sofort zu vermiet. Feinstgegen Hof. Zu erfragen daselbst im 2. Stod. B12608

Zimmer zu vermieten.

Karlstraße 78, part., ist ein freundl. möbl., ruhige Zimmer sof. billig zu vermieten. B10519.2.2

Gut möbliertes Zimmer

sofort zu vermieten. B12569.3.1 Hirschstraße 45, Hinterb., 2. St. Ein gut möbl. freundl. Zimmer ist billig zu vermieten. B12607 Hlandstr. 26, III, links.

Ein gut möbl. Zimmer ist gleich

oder später zu vermieten. B12597 Leopoldstr. 33, 1 Tr. Ein möbl. Zimmer 3. vermiet., monatl. 10 Mk. B12598

Waldstr. 35, 4 Tr. hoch, nur

nachmittags anzulieben. Mantardenzimmer ist an einen Kr. beiter oder Fr. zu vermieten. B12578 Leopoldstr. 33, 1 Trepp.

Mademstraße 16, 2. Stod, ist

ein freundlich möbliert. Zimmer mit sehr guter Pension zu vermieten. B12698

Amalienstraße 5, part., ist ein

gut möbliertes Zimmer m. Schreibtisch, 2 Fenstern, nach der Straße gehend, mit sep. Eingang, an Hof, Herrn od. Dame zu verm. B12663

Waldstraße 40, 2. St., sind 2 sehr

schöne, eleg. möbl. Zimmer, auf- oder geteilt, bei gebild. kinderloser Beamtenfam. zu vermieten. B12587

Welfenstr. 2 ist im 4. Stod

ein leeres Zimmer mit Kochofen u. Keller an sol. ruhige Frau zu vermieten. Näheres part. B12617.2.1

Bismarckstraße 31, 3. St., ist ein

schön möbliertes Zimmer auf 15. April billig zu vermieten. B12588

Degenfeldstr. 1, III, links, ist ein

freundlich möbl. Zimmer an einen besseren Arbeiter sofort oder später billig zu vermieten. B12170.4.4

Degenfeldstraße 6, 2. St., rechts,

sind zwei möblierte Zimmer ohne vis-a-vis einzeln oder mittelbar zu vermieten. B12618.2.2

Douglasstraße 8, 4. Stod, rechts,

ist ein schön möbl., helles Schlafzimmer an 1 oder 2 Herren sofort billig zu vermieten. B12604

Erbsprinzenstraße 28, 4. Stod,

rechts, ist ein gut möbliertes Zimmer an soliden Herrn sofort zu vermieten. B12457.2.2

Gartenstraße 62, 3. Stod, rechts,

ist ein schönes, gut möbl. Zimmer sof. oder später zu vermiet. B12514

Kaiserstr. 175, 4 Tr., ist ein fein

möbl. Zimmer mit Benf. 4 60 Mk. monatl., ein H. Zimmer 4 45 Mk. mit Benf. abzugeben. B12606

Kronenstraße 13, 3. Stod, sind 2

schön möblierte Zimmer sofort zu vermieten. B12617

Leopoldstr. 16, III, ist ein möbl.

Zimmer mit guter Pension zu vermieten. B12590.3.1

Ritterstraße 36, 2 Treppen, ist ein

freundlich möbl. Zimmer mit sep. Eingang sof. zu vermieten. B12474

Rudolfstraße 29, 3. Stod rechts,

freundl. möbl. Zimmer an Herrn od. besseres Fräulein, sowie möbl. Manfarge sofort oder später billig zu vermieten. B12474

Schillerstraße 23, rechts, großes,

helles Parterre-Zimmer, möbliert oder leer, auf sofort oder später zu vermieten. B12555

Schwabenstr. 26 ist eine Schlaf-

kammer zu vermieten. Zu erfragen im 3. Stod links. B12577

Sternbergstr. 1, III, links, ist ein

großes schön möbl. Zimmer mit separatem Eingang sofort zu vermieten. B12600

Werderstraße 10, hochpart., ist in

ruh. Lage ein sehr schön möbliertes, zweifelh. Zimmer sofort an best. Herrn zu vermieten. B12614

Jähringerstraße 25, II, gut möbl.

Wohn- und Schlafzimmer sofort zu vermieten. B12456.2.2

Jähringerstraße 106, nahe Ritter-

straße, ist ein gut möbl. Zimmer fogleich zu vermieten. Näheres daselbst 2 Treppen hoch. B12518

Seierheim, Maria-Alexandra-

straße 16, III, links, ist ein möbl. Zimmer zu vermieten. B12549

Miet-Gesuche

Maler-Atelier

per 1. Mai evtl. früher zu mieten gesucht. Offerten unter B12582 an die Exp. der „Bad. Presse“ erb.

Wohnungs-Gesuch.

Von einem älteren Ehepaar wird hübsche Wohnung (Sommerseite), 3 Zimmer nebst Zugehör, parterre oder Treppe hoch (Hinterhaus ausgeschlossen), in der Altstadt zwischen Herren- u. Leopoldstraße auf 1. Juli gesucht. Offerten mit Preisangabe unter Nr. B12499 an die Expedition der „Bad. Presse“ erbeten. 2.1

4 Zimmer-Wohnung

Ost- oder Südstadt von ruhiger Familie per 1. Juli zu mieten gesucht. Offert. mit Angabe, ob Beschäftigte u. welches Zugehör, unter Nr. B12579 an die Expedition der „Bad. Presse“ erbeten.

Kinderloses Ehepaar sucht auf

1. Juli eine schöne 3 Zimmerwohnung

3 Zimmerwohnung

mit Bad, nicht zu weit vom Hauptbahnhof entfernt. Offerten mit Preisangabe unter Nr. B12533 an die Expedition der „Bad. Presse“.

Wohnungs-Gesuch.

Jung. Ehepaar sucht v. 15. Juni oder 1. Juli febl. Zweizimmerwohnung. Südstadt bevorzugt. Offerten unter Nr. B12531 an die Exp. der „Bad. Presse“.

Geräumige 2 Zimmerwoh-

nung mit Manfarge auf 1. Juli von jungen Leuten mit 1 Kind gesucht. 2 u. 3. St. bebort. Beschäft. Off. mit Pr. unt. Nr. B12545 an die Exp. der „Bad. Presse“ erb.

Familie mit 3 Kind. sucht Zweizimmerwohnung im Zentrum der Stadt, monoglich Vorderhaus; Manfarge ausgeschlossen. Offerten unter Nr. B12548 an die Expedition der „Bad. Presse“ erbeten.

Kinderl. Ehepaar sucht in der Weststadt 2 Zimmerwohnung mit möglichst heizbarer Manfarge, evtl. H. 3 Zimmerwohnung. Offerten mit Preis unter B12576 an die Exp. der „Bad. Presse“.

So lange Vorrat.

Besätze

Mittwoch den 1. cr.
Donnerstag den 2. cr.
Freitag den 3. cr.
Samstag den 4. cr.

4 grosse Verkaufstage

Ein Posten seidene Barmer Besätze

Serie 1	Serie 2	Serie 3	Serie 4	Serie 5
Meter 8	14	20	30	45

Seiden-Soutache, schwarz u. weiss, Mtr. 4
couleurt Mtr. 6
zweifarbige Mtr. 10

Kunstseidene Zressen, schwarz und farbig, für Kleider und Jackettbesätze Mtr. von 15 an.

Neuheiten in waschbaren Blusen- u. Kleiderborden

Serie 1	Serie 2	Serie 3
Meter 14	20	25

Schweizer Stickereien

in Madapolam und Doppelstoff
Stücke à Mtr. 4, 10, 75, 98, 1, 155, 1, 85, 2, 25

Besatzknöpfe in gold und couleurt, Dutzend 58, 38, 25, 18, 6

Hervorragende Neuheiten in kunstseidenen Besätzen in Filet, Guipure und anderen modernen Ausführungen.

15% auf farbig gestickte seidene Besätze in Goldfilet u. japan. Art 15%

Ein Posten Valenciennespitzen und Einsätze 4 Meter 8 und

Handgeklöppelte Blusen-Einsätze Mtr. 30

Handgeklöppelte Blusen-Spitzen Mtr. 45

15% auf Spachtel, Filet, Valenciennespitzen u. -Einsätze 15%

1 Posten Spachtelstoffe, ecru, weiss u. crème

Serie 1	Serie 2	Serie 3
Meter 1.45	1.95	2.45

Waschtülle, kleine Muster für Blusen und Kleider 100 cm breit, Meter 1.25, 1.55, 2.25

10% auf Valenciennestoffe 10%

Torchon-Einsätze und Spitzen 10

écreu, ivoire, crème, Meter 35, 24, 15, 10

Besatzrüschen, schwarz u. weiss, Meter 14

Plissérüschen, schwarz u. farbig, „ 42

Câperüschen, Rüsche von 85 an

Blenden in Taffet und Atlas, schwarz u. couleurt, Meter 26, 20, 14, 10

1 Posten Spachtel und Brüsseler Coller

Serie 1	Serie 2	Serie 3
Stück 95	1.25	1.75

Ein Posten Unterrock-Volants

in Moirée, Luster und Satin, in plissiert oder mit Spitzen und Bandgarnierung

Ser. 1	Ser. 2	Ser. 3	Ser. 4	Ser. 5
Stück 1.45	1.85	2.35	2.95	3.45

Geschwister Knopf.

S. Rosenbusch

Kaiserstrasse 137.

Kaiserstrasse 137.

en gros

Billigste Bezugsquelle, grösste Auswahl, reelle Bedienung

en detail

Damen-, Mädchen- u. Kinderhüte

Mitglied des Rabattspartvereins.

Blumen
Chiffons
Tulle
Federn
Bänder
Seidenstoffe
Borden
in allen Arten.



Reparaturen schnell bei billigster Berechnung.

Handschuhe
Sportmützen
und
Tellerhüten
für Knaben u. Mädchen
Gürtel
Konfirmanden-
Kränze
Brautkränze
und
Brautschleier
Schleier
in allen Farben
und Preislagen.

Modistinnen erhalten hohen Rabatt.

Trauerhüte aus nur la. englischem Crêpe stets vorrätig.